

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—

Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1728.

3. Jahrgang.

Dienstag, 9. Jänner 1923.

Nr. 5.

Nach dem Attentat.

Wir wollen auf das allerenergischste mitwirken bei allen notwendigen Maßnahmen, damit ähnliche Gewalttaten, von welcher Seite immer, verhindert werden. So lautete der Schlußsatz eines Schreibens, das, noch am Vormittag des Attentatstages, ehe noch über die Person des jugendlichen Attentäters etwas Genaueres bekannt war, der Exekutiv-Ausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Partei durch die Abg. Römec und Aster im Sekretariat der national-demokratischen Partei überreichen ließ. Der Ministerrat, der am Nachmittag zusammentrat, machte von dieser freundlichen Bereitwilligkeit der tschechischen Sozialdemokraten, an der Schaffung außerordentlicher Maßnahmen mitzuwirken, vernünftigerweise keinen Gebrauch, er ließ vielmehr durch die „Prager Presse“ verkünden, daß sich die Regierung stark genug fühle und „die Ergreifung irgendwelcher besonderer Maßnahmen nicht für notwendig“ halte. Der Liebe Mühe der tschechischen Sozialdemokraten war also umsonst. Vielleicht hat auch ihr Exekutiv-Ausschuß jeither eingesehen, wie, gelinde gesagt, würdelos er gehandelt hatte, als er sich den tschechischen Nationaldemokraten als Mitthelfer bei der Schaffung außerordentlicher Maßnahmen offerierte.

Daß der Ministerrat von der Verfügung irgendwelcher Ausnahmestimmungen Abstand nahm, das auf die Freiheitsliebe der Regierung und auf ihre angeborene Abneigung gegen ein scharfes Polizeiregime zurückzuführen zu wollen, wäre freilich sehr wenig am Blage. Abgesehen davon, daß sie dafür vermutlich wegen der Haltung der tschechischen Nationalsozialisten im Ministerrate nicht die nötige Einigkeit erzielt hätte, lag der Fall nach den ersten Berichten mit dem Attentat denn doch zu klar, als daß man irgend einer der oppositionellen Parteien, mag sie den Regierungsparteien auch noch so unbecquem sein, die Verantwortung für die Tat hätte zuschieben und gegen sie mit Ausnahmestimmungen hätte vorgehen können. Der Täter bekannte sich ausdrücklich als Anarcho-Kommunist, der keiner der bestehenden Parteien angehöre. Es wurde auch festgestellt, daß es sich um einen von Kindheit zu Exaltationen neigenden Menschen handelt, der seiner überhöhten Sonderlingnatur wegen, den Zwang der Disziplin keiner Partei zu ertragen vermochte und der daher in seinen überspannten Anschauungen seine eigenen Wege ging. Es ist gewiß nicht von der Hand zu weisen und wird Gegenstand der Prüfung durch die Gerichtspräsidenten sein, ob die Beweggründe des Verbrechens nicht mehr pathologischer denn politischer Natur waren. Vor Taten einzelner solcher geistig oder seelisch aus dem Geleise geworfener Menschen kann weder die Gesellschaft noch der Einzelne durch politische und strafrechtliche Bestimmungen geschützt werden. Der Fall des Attentäters ist dafür lehrreich, daß es eigentlich nur einem Zufall zuzuschreiben ist, daß der junge Mann zur Zeit, da der Trieb zu dem Verbrechen in ihm reifte, keiner Partei mehr angehörte, die Reaktionäre hätten sonst nicht ermangelt, die betreffende Partei für die Tat verantwortlich zu machen, die, wie jetzt klar ersichtlich, aber auch dann doch nur eine individuelle gewesen wäre. Das Attentat und die ihm folgenden Demonstrationen in Prag verlocken auch zu Betrachtungen darüber, was wohl geschehen wäre, wenn der Attentäter zufällig deutscher Nationalität gewesen wäre! Vielleicht halten die Herrschenden und die tschechische öffentliche Meinung bei der Verurteilung dieser Möglichkeit einen Augenblick Einkehr und erwägen, wie verhängnisvoll es angeht, die leichten Entzündbarkeit der „tschechischen Volksseele“ in den Prager Straßen gewesen wäre, aus einer solchen Einzelthat verallgemeinernde Schlüsse zu ziehen.

Nach der Haltung gewisser Blätter kann aber immerhin angenommen werden, daß der Versuch unternommen werden wird, die Gelegenheit zu einer Einschränkung der ohnehin nicht großen politischen Bewegungsfreiheit im

An die sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder!

In der Samstag-Sitzung des Organisationskomitees der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft erfolgte die endgültige Formulierung des Aufrufs zum internationalen Einigungs-Kongress in Hamburg, der folgenden Wortlaut hat:

Die sozialistische Internationale ist durch den Krieg zerstört worden. An ihre Stelle sind einerseits isolierte sozialistische Parteien, andererseits Gruppierungen von Parteien getreten, die nur Teile des Gesamtproletariats repräsentieren. Dieser Zustand der

organisatorischen Zerrissenheit

hat die schwersten Folgen. Er beeinträchtigt die Kampffähigkeit des Proletariats und er vertieft die Gegensätze in den Anschauungen über die Kampfbedingungen und Kampfmöglichkeiten der nächsten Zukunft. Bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedeutet dieser Zustand der Zerrissenheit für die Arbeiterklasse eine Gefahr, die ans Leben greift. Unter dem unwiderstehlichen Zwange der Ereignisse tritt daher immer stärker der Wille der Arbeiter hervor, alle Klassenbewußten proletarischen Parteien in gemeinsamen Auffassungen und gemeinsamen Aktionen zu verbinden. Dabei ist es jedoch klar, daß das Ziel einer proletarischen Arbeiter-Internationale, die gleichzeitig das Ideal der Allumfassendheit und das der programmatischen Einheit verwirklicht, nicht mit einem Schläge erreichbar ist, sondern nur das Ergebnis langer und unermüdlicher Arbeit sein kann.

Während der letzten Jahre des Weltkrieges und der ersten Jahre nach dem Waffenstillstand sind in den Reihen der Sozialisten tiefgehende Gegensätze sowohl über die Methoden der Aktionen, als auch über die Ansichten der revolutionären Entwicklung des proletarischen Emanzipationskampfes in Erscheinung getreten. Heute aber befinden wir uns in einer vollständig anderen Phase der Entwicklung. Sowohl auf politischen, wie auf ökonomischem Gebiete

verstärkt die Reaktion von Tag zu Tag ihre Angriffe.

Die allgemeine Offensive der Bourgeoisie findet ihren ausgeprägtesten Ausdruck in dem blutigen Porthby-Regiment in Ungarn, in dem siegreichen Faschismus in Italien und im Hakenkreuzlerium in Deutschland. In dieser Situation ist es die Hauptaufgabe des Proletariats, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um sich den reaktionären Umtrieben der Bourgeoisie in gefestigter und kräftiger Abwehrfront entgegenzustellen.

Ständen die vergangenen Jahre im Zeichen der Differenzierung, so stehen wir heute im Zeichen der Sammlung der Arbeiterklasse.

An anschaulichsten haben sich diese beiden Phasen in dem Schicksal der sozialistischen Parteien Deutschlands gezeigt. Aber auch in nahezu allen Ländern ist der Wiederaufschwung heute bereits erfolgt, oder mindestens sehr nahegerückt.

Nur jene Parteien und Parteigruppen, die sich kommunistisch nennen, arbeiten betariats entgegen, wollen die Meinungsgegenüber dem Einigungsprozeß des Pro-

letariats austragen, sondern sind zu jeder Sprengung kampffähiger Massenorganisationen bereit, wenn auch nur die kleinsten Vorteile für eine kommunistische Fraktion oder für die Moskauer Regierungspolitik erreichbar scheinen.

In diesem Geiste haben die Moskauer Führer im entscheidenden Augenblick den Versuch der Einberufung eines Arbeiter-Weltkongresses durch die Exekutiven von London, Moskau und Wien zum Scheitern gebracht. Zeither sind die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit der Moskauer Exekutive durch die unaufhörlichen terroristischen Verfolgungen russischer Sozialisten immer größer geworden.

Auf jeden Fall ist die Möglichkeit, einen Arbeiter-Weltkongress in Gemeinschaft mit der Moskauer Exekutive einzuberufen, auf lange Zeit geschwunden.

Nach den Erfahrungen beim Scheitern der Berliner Konferenz im Mai 1922 blieb kein anderer Weg offen, um dem notwendigen Ziel der Kampffähigkeit nahe zu kommen, als die Einberufung eines internationalen Kongresses der sozialistischen Arbeiterparteien.

Dieser Situation entsprechend haben die internationalen Exekutiven von London und Wien das unterzeichnete Komitee mit dem Auftrage eingesetzt, die Vorarbeiten für einen

Internationalen sozialistischen Arbeiterkongress

zu treffen, der in Hamburg, im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57 (am Ostbahnhof) am 21. Mai 1923, 10 Uhr vormittags beginnen und voraussichtlich sechs Tage dauern wird. Das Komitee hat sich in eingehenden Beratungen in Köln am 5. und 6. Jänner mit der Organisation dieses Kongresses beschäftigt und schlägt folgende provisorische Tagesordnung vor:

1. Der imperialistische Friede und die Aufgaben der Arbeiterklasse.
2. Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion.
3. Die Aktion der sozialistischen Arbeiterparteien für den Achtstundentag und die internationalen sozialen Reformen.
4. Die Organisation des internationalen Proletariats.

Das Komitee wird Ende März seine Vorschläge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Anträge der Parteien veröffentlichen, die bis zum 10. März 1923 bei Tom Shaw, 25, Victoria Street, London S. W., oder bei Friedrich Adler, Wien V., Rechte Wienzeile 97, eingelaufen sind.

An die gleiche Adresse ist bis zum 10. März die ungefähre Zahl der Delegierten mitzuteilen. Als Richtschnur hat das Organisationskomitee angenommen, daß auf 3000 Parteimitglieder ein Delegierter entsandt werden kann und die Höchstzahl der Vertreter jedes Landes auf 50 beschränkt wird.

Der Neuaufbau der Internationale kann nicht das Werk eines Komitees oder einer einzelnen Parteigruppe sein. Er muß hervorgehen aus dem

Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien aneinander.

Dieser Anpassungsprozeß, der in dem geistigen

Ringen um Übereinstimmung der Auffassungen erwartet werden muß, bedarf der Zeit. Die Internationale Organisation der Arbeiterklasse kann daher in dem Momente ihres Entstehens nicht das Ergebnis der prinzipiellen Übereinstimmung aller in ihr vertretenen Parteien sein. Sie ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um einer solchen Übereinstimmung näher zu kommen. Indem die proletarischen Parteien ihre Erfahrungen austauschen, indem sie sich bemühen, durch tatkräftige gemeinschaftliche Arbeit ihre Übereinstimmung über die Ziele und Methoden der internationalen Arbeiterbewegung unermüdetlich in die Praxis umzusetzen, werden sie in immer weiterem Umfange die notwendige Basis für gemeinsame Aktionen des Proletariats schaffen. Von diesen Erwägungen ausgehend, kann es nicht die Aufgabe der Einberufung des internationalen Kongresses sein, die Arbeiten der künftigen internationalen Organisation vorzugenehmen, sondern sie muß sich darauf beschränken, jene Gesichtspunkte zu kennzeichnen, die praktisch den Kreis von Parteien abstecken, die sich zu einer Zusammenarbeit, die positive Ergebnisse verspricht, vereinigen können.

Das unterzeichnete Komitee ladet daher zu dem Hamburgrer Kongress alle sozialistischen Arbeiterparteien ein, die

1. in der Befestigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen,
2. in der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die durch den internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdamer) repräsentiert wird, ein unumgängliches Erfordernis zur erfolgreichen Führung des Klassenkampfes anerkennen,
3. die Resolution des Haager Befriedungskongresses (1922) über „Ausführung der Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden“ als gegenwärtige Basis für den Kampf gegen die Kriegsgefahr betrachten und die Notwendigkeit anerkennen, zu einer vollständigen Klärstellung über das Verhalten der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen,
4. die internationale Organisation nicht nur als ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso als ein unzerbrechliches Instrument während eines Krieges anzuerkennen,
5. nach der Gründung einer sozialistischen Internationale keiner außerhalb dieser sozialistischen Internationale bestehenden politischen internationalen Vereinigung anzugehören und die Beschlüsse dieser sozialistischen Internationale als bindend für sich anzuerkennen.

Alle Parteien, die gewillt sind, an der harten und unermüdlichen Arbeit mitzuwirken, die notwendig ist, um das Proletariat für gemeinsame internationale Aktionen vorzubereiten, hoffen wir auf dem Hamburgrer Kongress vertreten zu sehen.

Das Sekretariat der sozialistischen Exekutiven von London und Wien:

Ubramowitsch, Friedrich Adler, Bracke, Crispian, Tom Shaw, Stauning, Van der Velde, Wallhead, Weiss.

Staate zu benützen. Darum erscheint es erwähnenswert, daß sogar ein Blatt der tschechischen Nationaldemokraten, die Brüner „Lidove Roviny“, die allerdings in einem gewissen Gegensatz zu den Prager Blättern ihrer Partei steht, dem gleich nach dem Attentat erhobenen Ruf nach Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Republik entgegentritt. Es erklärt, daß der Schutz des Staates und seiner Organe im geltenden Strafrechte so reichlich ausgewiesen erscheint, wie kaum in einem Strafrechte eines anderen Staates. In der Tat stammen die von den Nachfolgestaaten übernommenen strafrechtlichen Bestimmungen mit sehr geringen Änderungen aus dem österreichischen Strafrechte aus dem Jahre 1803, also aus einer Zeit, da der österreichische monarchistische Absolutismus, durch die große französische Revolution nervös geworden, sich im Strafrechte diese drakonischen Schutzbestimmungen schuf. Das erwähnte Blatt erinnert mit Recht daran, daß durch dieses Gesetz die Macht der Gerichte derart weit gesteckt sei, daß durch sie ohnehin alle Bestrebungen, die eine Änderung in den staatlichen Verhältnissen bewirken wollten, glatt unter-

drückt werden können. Dabei wird sich das Blatt der Ironie gar nicht bewußt, die in seinen tröstenden Betreibungen liegt, daß die demokratische tschechoslowakische Republik die strafrechtlichen Bestimmungen aus der Zeit des österreichischen monarchistischen Absolutismus zu ihrem eigenen Gebrauche noch immer in Geltung lasse.

Von dem, was sich nach dem Attentate zutrug, regt insbesondere das Verhalten der Nationaldemokraten zu den tschechischen Nationalsozialisten und zu den Legionären zu Betrachtungen an. Daß die nationaldemokratische Presse seit dem Attentate gegen die Kommunisten nur umso verstärkter nach Maßnahmen schreit, das liegt auf der reaktionären Linie, die dieser Presse gezogen ist, interessanter ist schon, daß sich ihre Hege auch gegen die tschechischen Nationalsozialisten, die doch Koalitionsbrüder der Nationaldemokraten sind, und gegen die Legionäre richtet, die, solange dies dem Nationalismus förderlich schien, in allen Tonarten als Helden, Märtyrer und Befreier des tschechischen Volkes gefeiert wurden. Am Freitag wurden das erste mal die tschechischen Faschisten mit dem Auftrage mobilisiert, um

unter anderem auf das Hauptblatt der Nationalsozialisten einen Sturm zu unternehmen; daß sie sich dafür als zu schwach erwiesen, ist kein Beweis, daß es ihnen und ihren Inspiratoren am guten Willen dazu fehlte. Seit Freitag werden auch die Legionäre wegen des Streites, den sie in der letzten Zeit mit dem Finanzminister führten, in der nationaldemokratischen Presse unaufhörlich der Lüge, der Verleumdung und der moralischen Mißhandlung an dem Attentate bezichtigt. Sie werden daraus die Lehre ziehen, wie wandelbar die Dankbarkeit der Bourgeoisie gegenüber jenen ist, die für ihre Profitinteressen und Machtgelüste sich nicht dauernd opfern wollen.

So hat der Schutz des Attentäters von manchem den Schleier weggerissen. Vor allem hat er die Klassengegensätze innerhalb der tschechischen Nation sichtbar gemacht, die in ihr trotz der vierjährigen allnationalen Koalitionspolitik scharfer als je bestehen. Bisher vermochte der Nationalismus diese Gegensätze vielfach zu verdecken, die Machtiger der wachsenden kapitalistischen Reaktion wird bald die letzten Säulen von ihm wegreißen.

Vormarsch der Franzosen.

Deutschland wird protektieren. — Frankreich trägt die finanzielle Last der Verantwortung.

Berlin, 8. Jänner. (Eigenbericht.) Trotz der Reparationskommission werden die deutschen Vertreter angehört, noch in der Frage der Kohlenlieferungen eine Entscheidung getroffen hat, werden auch den hier vorliegenden Meldungen alle Vorbereitungen getroffen, um die Besetzung deutschen Gebietes weiter auszudehnen. Es wird angenommen, daß morgen die Reparationskommission gegen die englische Stimme eine Verschlung Deutschlands feststellen wird und daß dann sofort die in Lüttich, Metz und Düsseldorf bereitstehenden Truppen sich gegen Essen in Marsch setzen werden.

Die deutsche Regierung hat eine längere Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß Deutschland nur aus wirtschaftlichen Gründen den französischen Forderungen nicht nachgegeben ist. Die Regierung sieht den kommenden Ereignissen mit voller Ruhe entgegen und wird nach erfolgter Besetzung Protest erheben; sie wird Sonderverhandlungen mit Frankreich ablehnen und erklären, daß sie nur mit der Gesamtheit der Alliierten zu verhandeln hat. Das Vorgehen Frankreichs wird sie als Bruch des Versailler Friedensvertrages hinstellen. Dem Drängen rechtsstehender Kreise, den Vertrag von Versailles für nichtig zu erklären, wird man nicht nachgeben.

Das Vorgehen Frankreichs wird hier allgemein verurteilt. In der Sonntagsummer des „Vorwärts“ wendet sich Gen. Rudolf Breitscheid gegen die Besetzung, fordert aber die Regierung auf, ihr Reparationsprogramm zu veröffentlichen. Auch Genosse Hülferding läßt in den sozialistischen Blättern einen Artikel erscheinen, in dem er Poincaré als den Urheber sämtlicher Kräfte bezeichnet. Deutschland müsse zu allem bereit sein, außer zur Preisgabe wichtiger Städte und Gebiete. Der demokratische Führer Gerlach schreibt, daß es keinen Deutschen gibt, der militärische Funktionen akzeptiert. Frankreich stehe einer moralischen Einheitsfront gegenüber. Er schließt mit den Worten: „Wer auf Recht baut, baut auf Granit, wer auf Macht baut, baut auf Sand.“

Ein Protest gegen die Pariser Bergewaltigen.

Köln, 8. Jänner. (Wolff.) In der Versammlung der Zentrumspartei, zu welcher auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning sprach, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt, daß die Rheinländer tief empört gegen die neuen Pariser Bergewaltigungen protestieren, welche nicht nur nicht zum Wiederaufbau führen, sondern neue Verstärkungen zur Folge haben werden und welche gütigend das Aussehen, der früher oder später zu einer unheilvollen Ernte austreiben würde, denn alles dies geschieht nicht aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern zu politischen Zwecken, welche zwar verächtlich, aber keineswegs verheimlicht werden können. Die ganze Welt kennt diese Ziele, welche zu den übelsten gehören, die einer wehrlosen Nation aufzuerlegen werden können. Aber keine Macht der Welt ist stark genug, um das Rheinland vom Reiche abzutrennen, denn die Trümmer der Gewalt sind nur von kurzer Dauer. Das gute Recht der Rheinländer ist stärker als jede Gewalt.

Truppe nach Essen. — Deutsche Währung.

London, 8. Jänner. (Tich. P. A.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, seinen Informationen zufolge würden die französischen Sanktionen ohne Verzug angewendet werden. Vor, bzw. unmittelbar nach dem 15. Jänner werden die Schritte erfolgen. Wahrscheinlich wird Frankreich schließlich einem bedingten Moratorium zustimmen. Da die Regierungen nicht übereinkommen konnten, sei es anscheinend Sache der Reparationskommission, die Dauer und die Bedingungen des Moratoriums zu bestimmen. Dies wird vielleicht noch in dieser Woche geschehen. Es verläutet, daß die belgische Regierung bei der Anwendung der Sanktionen aktiv teilzunehmen und Italien mindestens keine moralische Unterstützung dabei leisten wird. Der militärische Mittelpunkt werde wahrscheinlich Essen sein; die Besetzung Bochums werde, wenn nötig, zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Es sei klar, daß die gesamte Truppenmacht, die Marschall Koch zur Verfügung habe, schätzungsweise 30.000 Mann, an der Aufgabe teilnehmen werde, wenn unerwartete Ereignisse eintreten sollten. Die Frage der Einführung der französischen Währung in den neu besetzten Gebieten sei erörtert worden, aber die technischen Schwierigkeiten seien als zu groß erachtet worden. Inwand eine lokale Währung werde aber möglicherweise schließlich eingeführt werden. Durch die Sicherung der Versorgung der Bergarbeiter des Ruhrgebietes hoffe man, Streiks und Unruhen zu verhüten. Der Times-Berichterstatter stellt fest, daß die allgemeine Stimmung in Frankreich

Poincarés Vornehmen unterstütze. Es sei möglich, daß zunächst etwas von Deutschland eingehen wird. Poincaré werde daher vielleicht einen unmittelbaren Erfolg haben. Leiber werde dieser Erfolg, der an sich schon zweifelhaft sei und zu Zwischenfällen und finanziellen Erschütterungen führen könne, ganz illusorisch sein und wahrscheinlich erzielt werden auf Kosten der vollkommenen Zerstörung der deutschen Kredite, was später einmal substantiell deutsche Reparationszahlungen unmöglich machen werde.

Der Vormarsch beginnt.

Berlin, 8. Jänner. Das „Achtuhrblatt“ meldet: Die Sanktionsgruppen sind in Düsseldorf eingedrückt. 1400 Mann sind einquartiert worden. Zahlreiche öffentliche Gebäude wurden für militärische Bürozwede beschlagnahmt. Außerdem wurden für mehr als 300 Offiziere Quartiere gefordert. Die französischen Truppen stammen nicht aus der Besatzungsarmee, sondern kommen direkt von Frankreich. Die belgischen Truppen wurden in Lüttich zusammengezogen. Ein Teil soll bereits in Anrollen sein. Die Verlaute, sollen die Franzosen auch die Absicht haben, Straßburg a. M. zu besetzen, um dadurch Norddeutschland am wichtigsten Verbindungspunkte von Süddeutschland zu trennen. Die militärische Teilnahme Belgiens besteht in der Entsendung von zwei Divisionen, während von französischer Seite sieben Divisionen entsendet werden sollen. Im Hauptquartier Mainz erwartet man täglich den Befehl zum Vormarsch. Offiziere verweilten heute die ganze Nacht hindurch am Telefon.

Inland.

Der Parteitag der Deutschdemokraten fand Samstag und Sonntag in Saaz statt. Das politische Referat hielt Abg. Raska, in der Debatte sprachen unter anderem Scholz und Wesselski gegen den Antisemitismus, gegen den in Prag eine großartige Aufräumarbeit einzuweisen sei. Das wirtschaftliche Referat hielt Abg. Raska. In der Samstag-Sitzung durchlebten Partei und Parteitag der Deutschdemokraten einen großen, historischen Augenblick: zwei Redner der „Freien Gewerkschaft deutschfreiböhmischer Arbeiter“ verkündeten das Zusammengehen mit den Demokraten. Wir begreifen die Bewunderung unserer Arbeiter, die bisher nichts von dieser „Gewerkschaft“ wußten. Ja, sogar so etwas gibt es im deutschböhmisches Raddel-Ruddel. In den meisten, deutschnationalen und christlichsozialen Arbeiterorganisationen ist nun auch eine deutschdemokratische „Gewerkschaft“ geboren. Wir wissen nicht, ob es sich hierbei um vierzig oder achtzig „demokratische Gewerkschafter“ handelt und in welchen Betrieben diese mit „großen Beifall“ ausgenommene Schar arbeitet. Aber daß mit diesem Parteitag eine neue große Ära für die mächtige Partei der Deutschdemokraten anhebt, steht wohl fest. Daher auch die fröhliche Stimmung der Teilnehmer an der Tagung, die, sich am Nachmittag zu einem von den demokratischen Frauen aus Saaz veranstalteten — Tanztee zusammenfanden.

Die nationalistischen Unternehmerrachte. Durch die Wirtschaftskrise, welche tausende von Arbeitern um ihre Existenz gebracht und die zeitweise ökonomische Heberigkeit der Unternehmer herbeigeführt hat, wurde in den Gebieten, deren Ableger in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, die sogenannten Nationalsozialisten sind, der Glaube wachgerufen, ihre Zeit sei gekommen. In einzelnen Ländern Mittel-europas suchten diese Marodeure der Arbeiterbewegung ihr Süppchen ganz offensichtlich am Feuer der Reaktion zu kochen und sind die Vertreter des hemmunglosen Rückschrittes und die erbittertesten Feinde des Aufstieges der Arbeiterbewegung geworden. Da nun unsere heimischen Nationalsozialisten keine Hitlergardien organisieren, keine bewaffnete Stütztruppe bilden können, helfen sie sich anders. Sie haben als ihre Waffe die Verleumdung gewählt und versuchen jeden Augenblick irgend einen Funktionär der Arbeiterbewegung herabzusetzen, oder die gesamte Massenbewegung der Arbeiterbewegung zu verdächtigen. Da aber auch diese Beschuldigungen niemand mehr ernst nimmt, hat sich der Duzer „Tag“, das Blatt der Deutschgelben, ein anderes Mittel zurechtgelegt, von dem er wähnt, daß es nunmehr sicher wirken werde. Er dreht den Spieß um und jammert, wie sehr die biedere, brave, eheliche nationale, sozialistische Partei angeblüht verdächtig wird. Insbesondere erhebe man formwährend den Vorwurf, die Partei habe von den Fabrikanten Geld genommen. Wer das sagt, der wird als „Lump“, „Lügner“, „Verleumder“ hingestellt. Das sagt das Blatt einer Partei, die im Jahre 1920 gemeinsam mit der Partei der Ausbeuter, der deutschen Nationalpartei einheitliche Listen für die Wahlen in die Nationalversammlung aufgestellt hat. Für den Wahlkampf dieser „Wahlgemeinschaft“ wurden Gelder verwendet, welche die Industriellenverbände dadurch herbeibrachten, daß sie jeden Unternehmer besteuerten. Das haben wir während des Wahlkampfes an Hand von Dokumenten

nachgewiesen. Mit dem Geld der Kapitalisten sind also die Herren Anführer, Jung, Papst und Konforten gewählt worden. Das werden sie vor der Bevölkerung niemals ablegen können, denn es ist aus der Geschichte der Selben unaussprechbar. Und keine Beschimpfung des verantwortlichen Redakteurs unseres Blattes wird Ihnen darüber hinweghelfen. In den Augen der klaffenbewußten Arbeiterklasse bleibt diese Schmutztruppe der Unternehmer für immer gerichtet.

Der Kongreß der tschechischen fortschrittlichen Sozialistenpartei fand am 5., 6. und 7. Jänner in Prag statt. Den Vorsitz führte Abgeordneter Stejskal, Brünn, die Referate über die politische Lage und den Stand der Partei erstatteten die Abgeordneten Vondraček und Hudec sowie Professor Pivonka. Nach lebhafter Diskussion, die, wie Abg. Hudec im „28. Mjca“ schreibt, stellenweise sehr hitzig war, wurde mit Zweidrittel-Majorität eine Resolution Professors Pivonkas angenommen, worin das sozialistische Glaubensbekenntnis der Partei hervorgehoben und die Tätigkeit der beiden sozialistischen Regierungsparteien energisch abgelehnt wird. Am meisten strittig war die Stellung zur nationalen Frage, da, wie bekannt, Hudec am liebsten den Anschluß an die tschechische Bewegung vollziehen möchte, während Vondraček pläthlicht den nationalen Gemäßigten spielt. Nach den Angaben des Erstgenannten in dem Blatte der Partei kamen die Delegierten überein, daß sie genau so sozialistisch wie national sind. Es scheint also, daß die Partei die Politik der Nationalsozialisten vor dem Kriege betreiben will: durch ihr sozialistisches Glaubensbekenntnis die Massen für sich gewinnen und durch den stark hervorgehobenen Nationalismus auch nicht proletarische Elemente organisieren zu wollen. Zum Schluß der Tagung wurden Wahlen vorgenommen, wobei zum Vorsitzenden der Partei Wenzel Koranda in Prag-Weinberge gewählt wurde.

Der Klassencharakter der jählichen Landesboranschläge. Unserem Bruderblatt, der „Tropener Volkspresse“ entnehmen wir einige Angaben über den Boranschlag der tschechischen Landesverwaltungscommission. Gegen die bisherige Geßlogenheit, den Boranschlag doppelstimmig erscheinen zu lassen, ist er diesmal nur einstimmig, tschechisch, erschienen. Die Gesamtsumme der Ausgaben beträgt 74.710.486 K, denen eine Bedingung in der Höhe von 73.367.679 K gegenübersteht, sodaß sich ein unbedeckter Abgang von 1.342.807 K erahmt. Die Bedingung stellt sich aus Landesumlagen, den staatlichen Ueberweisungen und den eigenen Landesgaben zusammen. Die Landesumlagen bestehen in den 104%igen Zuschlägen zur Hauszinssteuer, in den 215%igen Zuschlägen zur Grundsteuer und in den 165%igen Zuschlägen zu den Real- und Personalsteuern. Bemerkenswert ist die gewaltige Steigerung der Summe bei den Zuschlägen zur Hauszinssteuer gegen voriges Jahr (von zwei auf mehr als dreieinhalb Millionen) und die Herabsetzung der Umlagen bei der Grundsteuer von drei auf zweieinhalb Millionen, sowie die Herabsetzung bei den Real- und Personalsteuern von 17,5 auf 16,75 Mill. Für die wirtschaftlich Schwachen wird also die Steuerlast vermehrt, für die wirtschaftlich Starken vermindert! So schaut die soziale Fortschritt in der tschechischen Republik aus. Zu welchen Widersprüchen die ganze Wirtschaft mit den Landesverwaltungscommissionen führt, zeigt sich darin, daß zwei Mitglieder der Kommission, darunter der Vorsitzende, gar nicht in Schlesien, sondern in Mähren, nämlich in Mährisch-Traun wohnen.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hält heute mittag um 1 Uhr eine Sitzung ab.

Neutöner der Dramas?

„Der Schotte“, Schicksalskomödie in drei Akten, von Franz Werfel.

Uraufführung am neuen deutschen Theater in Prag, Samstag, den 6. Jänner.

Werfel hat seinem neuesten Werk ein „deutendes“ Geschickwort mitgegeben und er hat nicht gut daran getan. Denn mit der Behauptung, das Stück sei ein Schicksalsdrama im antiken Sinn, weckt er Erinnerungen und Vergleiche, die dem „Schotte“ nicht zum Vorteil gereichen können: die alles andere erdrückende Vorstellung des ebernt begännterten, läckenlosten geschlossenen Kunstwerkes aller Literaturen, des „König Oedipus“ von Sophokles, steigt allzu lebendig empor. Griechisches Schicksalsdrama — das heißt unentrinnbare Notwendigkeit Zug um Zug: heißt, wie man sich aus wehren, wie man seine letzte Kraft einsetzen mag, Verdrücktsein in höhere Gewalten, Hineingewandeln über menschliche Willkür ins Reich der Götter. Nicht des Dichters bewußtes Wollen schiebt, so scheint es dem gläubigen Zuschauer, die Gestalten nach vorwärts, sondern ein eiferndes Wolk wollepdet sich in einem von Zwigkeit zu Zwigkeit vorgezeichneten Kreis.

In Werfels Werk dagegen gibt es zu viel der unausgerechneten Reste, zuviel Flugland des Tages und der Stunde sind an ihm haften geblieben. Wohl, die Grundidee hat etwas Schicksalhaftes und Schicksalhaftes. Es kann gerade dem feinstorganisierten Menschen der Gegenwart zum Vergnügen werden, daß er mitten im Lärm der Zeit, im Trubel der Parteien und Strömungen zu furchtbarster Einsamkeit erfährt, daß es wie eine unüberwindliche Dornhecke um ihn wächst und niemand, auch das ihm Liebste und Teuerste nicht, den Weg zu seinem innersten Wesen findet. So weit ist der Uhrmacher-

meister Franz Schotte, der Held des Dramas, ein Typus der zeitgenössischen Menschheit, aber seine Tragödie wird zur Groteske, weil die Mächte, die auf ihn einstürmen, allen Anweisungen des Paches zum Trotz als karikierte Kräfte in die Erscheinung treten und vor allem, weil sein Schicksal, eine dunkle Wahnsinnstat, durch einen unbedingten Mißgriff des Dichters mit allerlei Vapperten in nahe Verbindung gebracht wird.

Wie verzerrt wirkt es schon, daß die um die Seele des modernen Menschen streitenden Kräfte in jedem Akt aufs neue als eine Revue von Gestalten auftreten, die mit mehr oder minder zweifelhafter künstlerischer Berechtigung in die Werkstatt oder den Wohnraum Schottes vordringen und ihm ihre Liebe, Bewunderung, Hochachtung ausdrücken, die ihn für ihre Parteiwede mißbrauchen oder ihn warnen und strafen wollen. Da ist die Dougenoffin Frau Strohschneider, der spirituelle Seancen irgend einen auf Schotte dunnstastenden Seelenbrand angezeigt haben und die nun mit frohendem Atem die hohe Botschaft des Okkultismus verkünden. Da ist ferner der Kooperator Julian Rotter, der seine verdorbene Uhr als Vorkwand bemüht, um in der Werkstatt zuerst der Frau Strohschneider eine Moralpredigt zu halten und um gegen das Ende des Stückes hin in einem affektierten tiefen und schönen Gespräch dem Meister zur entscheidlichen Klarheit über sich selbst zu verhelfen. Dann erscheinen bei Schotte ein sozialdemokratischer Stadtrat und der Christenrat des „Arbeiterwissens“, um — wohl das erste mal in der Geschichte unserer Partei — einem bis dahin Parteiloosen und politischen Untätigen ein Parlamentsmandat anzubieten. Sind es auch Herrschide nach der „gemüthlichen“ Seite hin, so widerspricht es doch einem ernsthaft zeitgestaltenden Dichtertum, wenn als „Verkörperung des Klassenkampfsozialismus“ ein ausgewachsener Bierpfeifer und als Vertreter des „intellektuellen Sozialismus“ ein wir reformi-

stischer Prophet vorgeführt werden. Solche Mittel sind zu billig, um als voll genommen zu werden oder um sich mit ihnen sachlich auseinanderzusetzen zu können.

Im Mittelpunkt der einander drängenden, ablösenden und widersprechenden Gestalten steht das Ehepaar Franz und Anna Schotte. Eben hat, nach sechsjähriger Ehe, die Liebe sie voll und ganz gesenkt, eben eine bekriente, durch echten christlichen Unterton mächtig aus Herz greifende Aussprache die letzte Scheidewand unerfülllicher, durch kein Liebeswollen bisher tilgbarer Sünden sinken machen und die Hoffnung auf ein Kind wacht den Beiden groß und leuchtend auf. Da fällt ein greller Schein in das Dunkel, welches bisher zwei Jahre aus Schottes Leben vor seiner eigenen Seele wohlthätig verhüllt hatte, er erfährt, daß er in einem Wohnunnsanfall ein zehnjähriges Kind mitten aus einem Festzug heraus erschossen und danach lange im Irrenhaus gewelt hat. Eine Ahnung davon hat bereits einer der Teilnehmer der „Revue“ des ersten Aufzuges, der wahnsinnige Dozent Dr. Grund, in uns getweckt, im Mittelakt spricht es dann der behandelnde Arzt Schotte, Professor von Biered, brutal und niederschmetternd aus. Er tut es, um des Meisters ausstehende sozialdemokratische Kandidatur zu verhindern, verforpert er doch den „anathematischen Nationalismus, Erb- und Erbskind der verfeinerten zartorganisierten Seite, der ihn aus einem Urhah heraus zerfämetern muß.“ Leider aber ist der Mann, der die verhängnisvolle Wendung in Schottes Geschick herbeiführt, eine so böß verzerrte, im eigentlichen urtümliche Stimpfistimm-Marilatur, daß dadurch die Tragödie an dieser wichtigsten Stelle einen unheilbaren Bruch erleidet. Hier ist verdichtete Willkür statt bannender Notwendigkeit, groteskes Kino statt antiker Schicksalgevalt und doch soll Biereds Fokusfokus nicht nur die Fähigkeiten heben, die freundlich verarbeitete Wunde des Einsamkeitsbewußtseins in Schotte während aufzureißen, sondern

auch die Kraft, die Frau von des Unseligen Zeite zu lösen, so daß sie sich aller lebendigen Liebe zutrag das Kind abtreifen läßt und von ihm auf ewig Abschied nimmt. Wir müssen es glauben, so wie wir früher den verschiedenen Besuchern Schottes christliche Güte und Leuchtkraft und das Freundheitsgefühl ihm gegenüber glauben mußten, zwingend veranschaulicht wird all das, so notwendig es wäre, durchaus nicht. Wohl packt uns der Ausklang dieses Lebens: der Versuch, die löhrende Einsamkeit durch eine heroische Tat zu bannen, der beaussehende Wahnsinn, der zweite, verfallende, Zank in eine Rinderkehr und der Sturz aus dem Fenster, aber es ist zu viel Lärm und ablenkendes Getriebe um diese letzte und stillste Tragödie der Seelen, da sie frierend und nackt sich selbst gegenüberüberlegen und wissen, wie fürchtbar allein sie sind.

So wird der Zuschauer zwischen den Eindringen „Drama“ oder „Groteske“ fortwährend hin- u. hergerissen, aber die Wirkung war trotzdem unfeugbar stark und groß, zum Teil gewiß auch der meisterhaften Darstellung wegen. Söllins Schotte, Hoffmanns Professor und Soltous irrfinniger Dozent standen auf ganz reifer Höhe und auch Bögers Redakteur und Kochs Kooperator boten achtenswerte Leistungen. Sonit Kainer fand sich mit der undankbaren, innerlich brüchigen Rolle der Anna nach besten Kräften ab, die kleine Menni Plum stellte ein zehnjähriges Mädchen frisch und fest auf die Füße, nur Frau Pittschan wußte mit der Spiritistin weniger als nichts anzufangen. Vielleicht wäre nur, alles in allem, eine noch entscheidendere Zurückdrängung der karitatistischen und kinomäßigen Jüge am Plage gewesen, um so der großen Linie des von Werfel eigentlich Gewollten einigermachen, und soweit es das nicht voll ausgetragene Werk gestattet, zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Dr. Alfred Kleinberg.

Abg. Dr. Baeran vor den Prager Geschworenen

Der Stinkbombenwurf und die Spionageaffäre vor Gericht. — Verhör mit Schwabe und Dr. Baeran.

Prag, 8. Jänner. Heute begann vor dem hiesigen Schwurgerichte der Prozeß gegen den Abgeordneten Dr. Baeran und gegen den Juristen Karl Schwabe. Abg. Dr. Baeran ist angeklagt wegen des Stinkbombenwurfes im Prager Abgeordnetenhause und wegen Spionage. Der Jurist Karl Schwabe ist wegen des Verbrechens der Spionage angeklagt. In der

Anklageschrift,

die vom Staatsanwalt Dr. Božický ausgearbeitet ist, heißt es:

Die Staatsanwaltschaft in Prag erhebt gegen den Abgeordneten Dr. Alois Baeran, Obermagistratsrat in Brünn, die Anklage, er habe am 27. Jänner 1922 in Prag in der Sitzung des Abgeordnetenhauses eine mit Ammoniak-Schwefelwasserstoff gefüllte Glasbombe in der Richtung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Franz Tomasek geworfen, in der Absicht, den Abbruch der Sitzung zu erzielen. Er hat sich dadurch des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit nach § 76 und § 87 des St. G. schuldig gemacht, da er einerseits das Abgeordnetenhause, somit eine zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten von der Regierung einberufene Versammlung in ihrer Tagung und Wirksamkeit gewaltsam zu stören und andererseits in böser Absicht die in § 85 des St. G. angeführten Gefahren herbeizuführen versucht hat. Weiters erhebt die Anklageschrift gegen den Abgeordneten Baeran die Anklage wegen des Verbrechens der Spionage und wegen Mitschuld an diesem Verbrechen. Gegen den Juristen Schwabe erhebt sie die Anklage wegen Spionage. In der

Begründung der Anklageschrift,

die in zwei Teile eingeteilt ist, und sich zuerst mit der Stinkbombenaffäre Baerans

beschäftigt, heißt es unter anderem:

Am 27. Jänner hielt das Abgeordnetenhause eine Plenarsitzung ab, wobei die kommunistischen Abgeordneten zuerst lärmende Obstruktion begannen und dann nach Abfingung der „Roten Fahne“ den Saal verließen. Erst begannen die deutschen Abgeordneten auf die Plätze zu schlagen und mit Papier zu werfen. Abgeordneter Dr. Baeran öffnete während der Rede des Abgeordneten Patejdl nach der Zeugenaussage des Zeugen Sýkora seine Tasche, nahm etwas heraus und warf dann diesen Gegenstand in der Richtung gegen den Präsidenten. Zeuge Sýkora bemerkte, daß der Gegenstand über dem Kopfe des Präsidenten an der Wand aufschlug und daß der Inhalt über die Wand herunterfiel. Kurz darauf verbreitete sich im Saale ein unerträgliches Geruch. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß Abgeordneter Dr. Baeran eine mit Ammoniak gefüllte gläserne Bombe geschleudert hatte. Die sachverständigen Chemiker füllten den Inhalt, daß Ammoniak eine stark ätzende Säure ist, welche sehr verderblich auf die Schleimhäute wirkt und die Gesundheit gefährden kann, falls sie in das Auge gelangt. Die Zeugen Präsident Tomasek und Dr. Procházka gaben an, daß die Splitter der Bombe auf den Präsidenten Gesicht niederfielen. Diese Splitter hätten leicht im Gesicht, namentlich im Auge ernstliche Verletzungen herbeiführen können. In der gleichen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde dem Verlangen des Untersuchungsrichters um Zustimmung zur Ausfolgung des Abgeordneten Dr. Baeran stattgegeben. Dr. Baeran gestand, daß er sich

II.

„Der Clown Gottes“, groteske Tragödie, von Hugo Wolfgang Philipp.

Prozess Kleine Bühne, Sonntag den 7. Jänner.

In dieser „grotesken Tragödie“ gesteht die Hauptfigur des Stückes, ein Maler, dem Anfallsgeistes, der ihm vor seiner Hinrichtung letzten Trost zusprechen soll, er habe als Künstler die größte Sünde seines Lebens damit begangen, daß er es unterließ, Klame für sich zu machen. Die Regie des deutschen Theaters hat nun, gleichgültig ob mit oder ohne Einverständnis des Dichters Hugo Wolfgang Philipp ebenfalls in unheimlichem Mitleid für ein Künstlergeschick, diese Unterlassung über und von dem Dichter selbst kommentare verfassen lassen, die mehr als Großes vorbereiten sollen. Es kam aber anders. Waren die Fanfaren, die Propheten in Stücke aufzubringen, nicht geblasen worden, dann hätte man sich begnügt, lebend anzuerkennen, daß hier ein Künstler mit wichtigen Dingen, wenn auch mehr pathetisch, als aus ursächlichen Zusammenhängen heraus, die Weltbühne der Gegenwart durchrasen will. Ein Maler muß sich für tot ausgeben, um weiter existieren zu können, und vermagt alles, was er hat — unverkäufliche Bilder und Schulden — dem diebischen Hauswirt. Er selbst ersticht, dank der Papiere, die er einem Selbstmörder gestohlen hat, als der neue Mensch Siebenlös wieder. Seine größte Schmiererei kauft der sozialdemokratische Kultusminister um sechs Millionen. — Die Tragödie spielt kurz nach der Novemberrevolution 1918 in Berlin — der Künstler selbst erbt jetzt Millionen. Aber das alles geschieht doch nach seinem Tode und muß von rechts wegen dem Hauswirt zufallen. Und nun kämpft der Maler um die Materie, stößt an die verbohrtte Justiz, wird als Mörder seines eigenen Lebens von dem Sadismus des modernen Staatsanwaltes entdeckt, soll angefaßt ferkations-

mit anderen Kollegen vor längerer Zeit zwölf solcher Bomben beschafft hatte und daß er fünf davon in seinem Wäschfach im Sitzungssaal aufbewahrt. Er gibt zu, die Bombe in der Absicht geschleudert zu haben, um zu verhindern, daß Parlamentswache in den Saal gerufen werde; den Präsidenten Tomasek wollte er jedoch nicht tangieren. Der als Zeuge einvernommene Abgeordnete Knirsch gab an, daß sich Dr. Baeran zu ihm geäußert hätte, er werde, wenn alle Obstruktionmittel erfolglos sind, Stinkbomben verwenden.

Während der Sitzung selbst habe Baeran zum Zeugen erklärt, „ich heisse nunmehr Stinkbombe.“ Aufgrund dieses Tatbestandes sieht es die Anklageschrift für erwiesen, daß Abgeordneter Baeran die weitere Tagung und Wirksamkeit des Abgeordnetenhauses gewaltsam verhindern wollte. Die Anklage nimmt es weiter nur als einen Zufall an, daß die Bombe über den Kopf des Präsidenten Tomasek hinwegging und an der Wand zersplitterte. Ja selbst die Splitter hätten leicht den Präsidenten und die in der Nähe befindlichen Personen verletzen können. Daraus sei ersichtlich, daß durch die Tat eine Gefahr für die Gesundheit und körperliche Sicherheit herbeigeführt wurde (§ 87 d. St. G.). Abgeordneter Baeran leugnet, die Gefährlichkeit der Bombe gekannt zu haben, da ihm der Protokollführer, bei dem er die Bomben kaufte, verschwiegen hätte, deren Inhalt sei harmlos. Die Anklageschrift behauptet jedoch, daß aus dem Benehmen des Angeklagten bei und nach Verübung der Tat hervorgehe, daß er sich der Gefährlichkeit der Tat voll bewußt gewesen sei. Da ferner nicht zu zweifeln sei, daß der Angeklagte die Tat in böser Absicht verübt hat, sind die Merkmale des in § 87 d. St. G. angeführten Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit gegeben.

Der zweite Teil der Anklageschrift befaßt sich mit der Spionageaffäre, in die Abgeordneter Baeran und der Jurist Karl Schwabe verwickelt sind. Nach dem Gutachten der militärischen Sachverständigen ist Abgeordneter

Baeran als Inspirator der Spähertätigkeit

die der Jurist Schwabe gemeinsam mit dem Leutnant Nowakowski einstellt hat, zu bezeichnen. Schwabe hat bei seiner Verhaftung am 30. August 1922 auf der Berliner Polizeidirektion gestanden, daß er aus Idealismus und nationaler Ueberzeugung über Aufforderung des Abgeordneten Dr. Baeran Spionage betrieben habe. Schwabe wollte Dr. Baeran zuerst nicht verraten, da dieser ihm nahegelegt hat, bei der Sache sehr vorsichtig zu sein. Die Anklageschrift befaßt sich dann mit den aus dem Verfahren beim Militärgerichte hinerziehend bekannten Beziehungen zwischen dem Leutnant Nowakowski und Schwabe. Schwabe, der am 8. August 1890 in Brünn geboren wurde, kam im November 1918 aus italienischer Kriegsgefangenschaft nach Brünn zurück. Er ist tschechoslowakischer Reservefähnrich. Im Frühjahr 1921 forderte er Nowakowski auf, ihm für Baeran einige Berichte zu geben. Von dem Inhalt dieser Berichte will Schwabe nichts gewußt haben. Einige Berichte hat Schwabe dem Dr. Baeran in der Wohnung übergeben, andere ließ er in der Kanzlei der deutschnationalen Partei in Brünn für Baeran zurück. Nach der am 20. September durchgeführten Hausdurchsuchung in der Berliner Kanzlei der Nationalpartei forderte Baeran Schwabe auf, von nun an die Berichte bei der ungarischen Gesandtschaft in Prag abzugeben.

lüsternen Gesellschaft auf dem Zsajost sterben — vorher befehrt er noch einen Geflügel zum Menschenentum — und entläßt schließlich ins Publikum mit der Erklärung, nicht er, sondern der Dichter solle gehängt werden.

Das wäre einer von den in letzter Zeit nicht selten gewordenen und auch gelungeneren Stücken, die das Publikum der Gegenwart außerordentlich befriedigen. Aber der Dichter nennt seine Schöpfung, „Der Clown Gottes“, eine „groteske Tragödie“, in der er „den Markt vom Gesunde freimachen will für neue Tat“. Sein Wille mag gut gewesen sein, sein Mut stark — aber seine Schöpferkraft reichte nicht aus. Der Dichter wollte revolutionär sein. Um das zu erweisen, parodiert er eine sozialdemokratische Regierung Deutschlands in der sich grotesk gebenden Figur eines Kultusministers. Das bürgerliche Publikum hat sich darüber wahrhaft unglücklich gefreut und man hörte befriedigtes Verfallmischen über diesen billigen Witz auf offener Szene. Es nützt gar nichts, wenn gleichzeitig die feilsche Verfälschung des Bourgeois, die preußische Massenjustiz oder antile Verbodtheit in allen drei Rechtsfondpunkten aufgedeckt werden. Eriens nimmt der Bürger nun, was ihm poht, auf und zweifelt nicht, daß der Dichter selbst die große Böse, als hätte er erst entdeckt, was das Verderben der Welt seit Aufbeginn und besonders in der Gegenwart ist: daß dem Menschen nichts höher steht als er selbst. Selbstverständlich: „Nächstes Glück der Erde ist nur die Persönlichkeit.“ Aber der Weg dazu führt durch das „Du“, durch die Gemeinshaft. Dann haben wir es nicht nötig, „Clowns Gottes“ zu sein, uns und unser Werk ironisch zu zerstören, das Takt mortale in d. dunkle Tiefe zu tun. —

Dem Stücke liehen die Darsteller, an ihrer Spitze Herr Heim, ihre ganze Kraft. Das Pathos, in das Herr Wanka zu verfallen bemüht und gezwungen war, trug dazu bei, die Unmöglichkeit der Worte zu erfassen.

Dr. Oskar Rohu.

Bei der ungarischen Gesandtschaft wußte man bereits, als Schwabe das erste Mal hinkam, daß jemand für Dr. Baeran Berichte überbringen werde.

In der ungarischen Gesandtschaft traf Schwabe auch mit Dr. Baeran zusammen, der ihn damals dem Legationsrat Bajnozi vorstellte. Später hat jedoch Schwabe diese Aussage widerrufen und angegeben, er habe im Dezember 1921 Baeran im Abgeordnetenhause gesucht und sei hier zufällig mit dem Legationsrat Bajnozi zusammengekommen, den er schon von früher her kannte. Bajnozi hat sich Schwabe an die Berichte an Dr. Baeran weitergegeben. Als sich Schwabe im Jänner 1922 überzeugt hatte, daß Baeran den für ihn bestimmten Brief tatsächlich erhalten hatte, habe er von nun alle Berichte bei der ungarischen Gesandtschaft übergeben. Später änderte Schwabe nochmals seine Aussage. Er will Bajnozi im Frühling 1921 im Deutschen Haus in Prag durch den Münchner Studenten Fritz Runge kennen gelernt haben. Die Nachforschungen ergaben, daß diese Aussage erfunden sein müsse.

Die ersten Berichte hat Bajnozi von Schwabe am 12. und 16. Dezember 1921, einen weiteren Bericht am 8. oder 9. April 1922 und schließlich Nachrichten noch am 26. Juli erhalten. Von dem Inhalt der Berichte weiß Schwabe nur so viel, daß es sich um Nachrichten über den polnischen Spionagedienst und über Vorbereitungen gegen Unruhen im Odrau-Karwiner Revier handelte. Den letzten Bericht hat Schwabe am 2. oder 9. August übergeben. Er enthält Photographien wichtiger geheimer Dokumente.

Die ungarische Gesandtschaft hat Schwabe nach dessen eigenen Angaben für diese Tätigkeit 8—10.000 Kronen gegeben, sowie die sonstigen Auslagen für Reise, Hotels usw. vergütet. Schwabe teilte diesen Betrag mit Nowakowski im Verhältnis 1:3. Nach einer späteren Angabe hat Nowakowski 8000 Kronen erhalten, während sich Schwabe 2000 Kronen für Epelen bezieht. Von Dr. Baeran erhielt Schwabe für die einzelnen Berichte 500 bis 2000 Kronen.

Die Anklageschrift befaßt sich weiter mit den finanziellen Schwierigkeiten, in die Nowakowski durch Veruntreuung der ihm vom Kapitän Kallaba übergebenen 17.000 Kronen gelangt war. Schwabe habe sich ihm damals angeboten, die Schuld zu bezahlen, wenn er seine Spionagetätigkeit erweitere. Damals hat Nowakowski erfahren, daß Dr. Baeran die Berichte an die ungarische Gesandtschaft in Prag weitergebe, und daß er ein guter Bekannter Bajnozis sei. Nowakowski hat von Schwabe damals erfahren, daß der Materialplan „P“ oder „PH“, den er mit Schwabe gemeinsam photographierte, der ungarischen Gesandtschaft verraten werden soll. Die Gegenüberstellung der Auslagen Schwabes und Nowakowis ergibt nach der Anklageschrift, daß die an die ungarische Gesandtschaft verratenen Berichte über die Dislokation der tschechischen Armee, den Nachrichtendienst und die Finanzgebühren behandelt haben; alle waren streng vertraulich und geheim.

Die Anklageschrift behandelt dann jeden einzelnen der zehn verratenen Befehle und deutet an, wie dieser Verrat aufgedeckt wurde. Das Hauptverbrechen um die Aufdeckung des Verrates hat sich nach der Anklageschrift Major Soukup erworben, der eine ganze Anzahl der verratenen Dokumente gesehen hat und sich Photographien, die von Nowakowski oder Schwabe hergestellt wurden, beschaffte. Der Ausgangspunkt der Spionage wurde nach den Zahlen, beziehungsweise Unterschriften auf den photographierten Dokumenten festgestellt. Die Identität der Handschrift auf den photographierten Dokumenten wurde durch Graphologen bestätigt. Schwabe hat am 31. Juli 1922 einen Bericht über die Ausgaben für die polnische Spionage abgeschrieben und an die polnische Gesandtschaft verraten. Schwabe leugnet trotz des Gutachtens der Graphologen diesen Bericht geschrieben zu haben.

Abgeordneter Baeran leugnet bisher jede Schuld. Er hat Schwabe im Jahre 1920 kennen gelernt und von ihm ohne Aufforderung Berichte über Korruptionsaffären erhalten, die er (Baeran) im Parlamente verwendete. Die militärischen Berichte, die Baeran erhielt, handelten von Nechlosigkeit einiger Waffengattungen oder anderen Mißbräuchen. Dislokationsberichte oder Photographien von Dokumenten habe er von Schwabe niemals erhalten. Die Berichte, für die er Schwabe aus dem Dispositionsfond der deutschen Nationalpartei 1000, 2000 oder 3000 Kronen gezahlt hat, lieferte ihm Schwabe bis August 1921 in der Wohnung, später in den Klub der Nationalpartei im Parlamente.

Baeran weiß nicht, woher Schwabe die Berichte hatte.

Er habe ihm jedoch wiederholt aufmerksam gemacht, vorsichtig zu sein, damit er keine Unannehmlichkeiten habe. Den Nowakowski kennt Baeran überhaupt nicht. Die Anklageschrift stellt jedoch fest, daß Abgeordneter Baeran der Familie Nowakowski als Vorstand des Brünnener Wohnungsgewerks eine Wohnung verschafft habe. Baeran leugnet weiter jede Bekanntschaft mit Bajnozi und behauptet, nur zweimal in der ungarischen Gesandtschaft gewesen zu sein und zwar in einer Angelegenheit, die Dr. Radda betraf. Baeran hat nach der Anklageschrift auch Beziehungen zum Oberleutnant Philipp und zu Kapitän Wurm unterhalten. Philipp sei Ende Jänner 1922 zum Major Müller gekommen und habe diesen unter Vorweisung eines Briefes des Dr. Baeran aufgefordert, für die deutsche Sache tätig zu sein. Baeran gibt zu, Müller in einem Briefe aufgefordert zu haben, ihm Befehle des Ratiosnalkriegsministeriums zu übergeben. Kapitän Wolf hat angegeben, daß ihm Philipp erzählt hätte, Dr. Baeran habe sich dahin geäußert,

er würde die ganze Republik verrichten, wenn er nur ein paar Millionen zur Verfügung hätte.

Philipp war auch mit drei Briefen Dr. Baerans beim ehemaligen Diplomaten Friedl. Als umso auffällender bezeichnet es daher die Anklageschrift, daß Abgeordneter Baeran angibt, er wisse nicht, ob er Philipp überhaupt kenne. Die Zeugen Arthur Lombardini und Ogo Majoros bestätigen, daß

Baeran im Jahre 1920 in Wien und Budapest Beziehungen zu den ungarischen Freidenten unterhalten habe.

Schwabe gestand zuerst, Spionage betrieben zu haben, behauptete, er habe nur Baeran für seine parlamentarische Tätigkeit Berichte geliefert. Nach der Anklageschrift wußte jedoch Schwabe wissen, daß die Sachen, die er Baeran übergab, mit dessen parlamentarischer Tätigkeit nichts zu tun haben. Er wurde auch festgestellt, daß Baeran keinen der verratenen Befehle im Abgeordnetenhause verwendet hat. Schwabe hat die wichtigsten Berichte Anfang März 1922 in der ungarischen Gesandtschaft abgeliefert, zu einer Zeit also, da Baeran nicht in Prag war. Die Aussage Schwabes, er habe alle Berichte nur für Baeran abgegeben, ist auch im Falle über die polnische Spionage hinfallig, denn Schwabe hat diesen Bericht nach den Auslagen des Kapitans Weiß direkt an die polnische Gesandtschaft abgeliefert.

Nach dem Gutachten der Militärsachverständigen hat Schwabe Nowakowski zur Spionage verführt und er mußte den Inhalt der verratenen Dokumente kennen, da er sie ja mit Nowakowski selbst photographiert hat. Schwabe habe auch jene Dokumente, die Ungarn nicht interessierten, den Polen angeboten. Schwabe soll vor seinem Prager Besuche bereits in Danzig und Warschau gewesen sein, wo er polnischen Nachrichtenämtern Berichte über die tschechische Armee anbot. Dr. Baeran ist nach dem Gutachten der Sachverständigen der Initiator der ganzen Spionageaffäre. Bajnozi hat dem polnischen Attaché mitgeteilt, daß ihm Schwabe von Dr. Baeran empfohlen wurde. Bajnozi hatte für Bezahlung der Nachrichten noch vertraulichen Mitteilungen einen ansehnlichen Geldbetrag zur Verfügung und er habe sich selbst geäußert, daß er die Dokumente teuer bezahlen müsse, da sie außerordentlich wichtig seien und von der Wehrmacht und dem militärischen Schutze der Tschechoslowakei handelten.

Den Vorsitz beim Baeran-Prozesse führt der Vizepräsident des Landesgerichtes Kratochvíl. Als Botanten fungieren die OGBR. Cerny und Grahmann. Die Anklage vertritt Dr. Božický. Die Angeklagten werden von den Advokaten Kog. Dr. Radda, Dr. Gollert, Dr. Eisele und Dr. Stein verteidigt. Auf der Geschworenenbank sitzen acht Franzosen und sechs Männer. Das Interesse an dem Prozesse ist ein gewaltiges; der Verhandlungssaal war heute den ganzen Tag über dicht gefüllt. Eine ungewöhnlich große Anzahl von Journalisten hat rings um den eigentlichen Verhandlungssaal gesessen.

Das Verhör Schwabes.

Nach der Verlesung der Anklageschrift wurde das Verhör mit dem Angeklagten Schwabe begonnen; denn es wird zuerst die Spionageaffäre und anschließend der Stinkbombenwurf Baerans behandelt werden.

Schwabe sprach beim Verhöre tschechisch. Er beschränkte sich darauf, die von ihm vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben zu bestätigen. Nach einer kurzen Schilderung seines Lebens gab Schwabe an, daß er den Abg. Baeran und den Leutnant Nowakowski bereits aus Brünn gekannt habe. Abg. Baeran hätte sich einmal für die Gründung einer deutschen Stabsabteilung in Brünn interessiert und dabei hätte ihn Schwabe kennen gelernt.

Vorliegender: „Sind Sie politisch tätig und gehören Sie einer politischen Partei an?“ Schwabe: „Nein. Ich bin weder politisch tätig, noch gehöre ich einer politischen Partei an. Ich bin nur ein Deutscher.“

In weiteren Verlauf des Verhöres kommt der Vorlesung auf das Verhältnis Schwabes mit Bajnozi zu sprechen. Schwabe hält seine Behauptung aufrecht, daß er Bajnozi im „Deutschen Haus“ in Prag durch den reichsdeutschen Studenten Runge kennen gelernt habe. Schwabe widersteht dann alle Angaben, die er vor dem Prager Untersuchungsrichter und auf dem Prager Polizeipräsidium gemacht hat und erklärt, daß er dem Drängen des Untersuchungsrichters, er möge doch genauere Angaben über die Spionageaffäre machen, nur deshalb nachgegeben sei, um seine Verlobte und seine Mutter, die ebenfalls verhaftet wurden, freizubekommen. In einem Falle habe ihm der Untersuchungsrichter zugesagt, daß seine Mutter an einem bestimmten Tage freigelassen werde, wenn er die Angaben Nowakowis bestätige. Er habe dies getan und dabei durchwegs nicht die Wahrheit gesprochen. Schwabe gibt dann weiter an, daß er niemals gesagt habe, er hätte aus nationaler Ueberzeugung Spionage betrieben, denn er halte auch heute noch die Tätigkeit Nowakowis nicht für Spionage. Abg. Baeran hat auch niemals die deutschen Studenten aufgefordert, Spionage zu betreiben. Schwabe berichtet dann über seine Zusammenkünfte mit Bajnozi. Seine diebstahligen Angaben weichen kaum von denen vor dem Untersuchungsrichter gemachten ab.

In einem überaus spannenden Kreuzverhör kommt es, als der Vorlesende vom Angeklagten Aufklärung darüber verlangt, wiefo seine Reise in die unter einem falschen Namen in der Garderobe des Prager Bahnhofes abgegeben worden war. Schwabe stellt den ganzen Vorgang folgendermaßen dar: Er kam am Tage sel-

ner Verhaftung nach 4 Uhr nachmittags nach Brünn. Seine Reisetasche gab er unter dem Namen Schwabe bei der Garderobe ab. Am Bahnhofe hörte er von Müller, daß er wegen Spionageverdacht gesucht werde und daß Nowakowski bereits verhaftet sei. Schwabe eilte nun in die Wohnung der Familie Nowakowski; in der Flur des Hauses, in dem die Familie Nowakowski wohnte, muß er den Garderobezettel, mit dem er in seiner nervösen Stimmung gespielt hatte, achlos weggeworfen haben. Er hat sich dann nach 11 Uhr bei der Polizeidirektion gemeldet.

Durch Erhebungen wurde jedoch festgestellt, daß die Tasche Schwabes zwischen 10 und 12 Uhr nachts auf dem Namen „Rali“ in der Garderobe abgegeben wurde. In der Tasche fand man einen Kod Schwabes, in dessen Innentaschen sich wichtige Dokumente und Photographien befanden.

Schwabe erklärt auf die Frage des Vorsitzenden, wie er sich den Widerspruch zwischen seinen Angaben und den aus der Erhebung festgestellten Tatsachen erkläre: „Mir selbst ist die ganze Geschichte mit dem Koffer ein Rätsel! Es muß ihn jemand herausgenommen haben und dann die Dokumente in die Rocktasche gesteckt haben.“

Mit Nowakowski hat er (Schwabe) nur einmal fotografiert. Alle andere lautenden Angaben seien Lüge. Es sei gleichfalls eine Lüge, daß er in Warschau und Danzig bei den polnischen Gesandtschaften gewesen sei. Es müsse höchstens jemand diese Reise unter seinem Namen unternommen haben. Auch bei der Prager polnischen Gesandtschaft sei er niemals gewesen.

Bei Vorweisung einer Abschrift eines Dokumentes fragt der Vorsitzende: „Warum haben Sie die Abschrift gemacht, da Sie doch die Originale hatten?“ Angeklagter: „Nowakowski verlangte es so, damit Dr. Baeran alles genau habe.“

Vorsitz.: „Hat Nowakowski den Namen Baeran jemals genannt?“

Angekl.: „Nein!“ (Bewegung im Auditorium.) Am 1 Uhr mittags wurde die Verhandlung unterbrochen und ihre Fortsetzung auf 4 Uhr nachmittags angeetzt.

In der Nachmittagsverhandlung.

die um 4 Uhr begann, wurde das Verhör mit dem Juristen Schwabe fortgesetzt. In dessen Verlaufe gibt Schwabe an, daß er nicht wußte, was in den Berichten, die er von Nowakowski bekommen, enthalten war. Nowakowski wird aber jedenfalls von deren Inhalte gewußt haben. Schwabe gibt dann an, daß er die Photographien bei elektrischem Lichte ausgenommen hat und daß daher die Photographien, die gegen ihn als Beweismaterial angegeben werden und die auf Taglichtpapier hergestellt sind, unmöglich von ihm fotografiert worden sein konnten. Es wird dann in die Besprechung der in der Reisetasche vorgefundenen Dokumente eingegangen. Schwabe erklärt neuerdings, diese Dokumente nie gekannt zu haben. Wenn er sie fotografiert hätte, so müßten auf den Bildern seine Finger zu sehen sein, da er die Dokumente gehalten hat, während Nowakowski sie fotografierte. Der Vorsitzende geht dann auch den Fall Kschleben durch und kommt zum Schlusse darauf zu sprechen, ob Dr. Baeran die Dokumente zu seiner parlamentarischen Tätigkeit verwendet hat. Schwabe verweist darauf, daß Dr. Baeran im Briener „Montagsblatt“ unzählige Berichte verwendet hat.

Nachdem der Staatsanwalt an Schwabe noch einige Fragen gestellt hatte, stellt der Verteidiger Dr. Otto Seid den Antrag, den Fall des Schwabes zu beschaffen, damit festgestellt werde, ob der Angeklagte in Warschau war. Weiter verlangt er, daß die Fingerabdrücke, die bei einigen Photographien zu sehen sind, mit denen des Schwabe verglichen werden sollen. Zum Schlusse fordert der Verteidiger, daß die Prager Polizeidirektion bei der Polizeidirektion in Breslau die Auslieferung des dort vor einigen Tagen verhafteten tschechischen Kontraspions Soldinger verlange, damit dieser Mann einvernommen werden könne, da er unzweifelhaft als agent provocateur in die Spionageaffäre verwickelt sei und vielleicht darüber Auskunft werde geben können, auf welche Weise die Dokumente in die Reisetasche Schwabes gelangt sind.

Auf die Einwendung des Staatsanwaltes (er sich inzwischen mit dem einen militärischen Sachverständigen unterhalten hatte), daß der Fall nicht mehr vorhanden sei, fordert der Verteidiger, man solle beim polnischen Konsulate anfragen, ob dem Schwabe ein Visum nach Polen ausgestellt wurde.

Nachdem dann noch der zweite Verteidiger Dr. Gallert einige Fragen gestellt hatte, wird die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Was Verhör mit Dr. Baeran.

Angeklagter Abg. Dr. Baeran gibt zuerst eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Ich habe niemals Spionage getrieben und habe auch nie Schwabe dazu verleitet. Als Mitglied des Abgeordnetenhauses und weiter des Budgetausschusses habe er die Pflicht gehabt, sich um alles zu kümmern, was für einen Abgeordneten von Interesse sei. Er habe sich besonders um das Meer, um das Ministerium des Meeres und des Innern gekümmert. Die Abgeordneten der Opposition haben keine Möglichkeit, Einblick in den Verwaltungsapparat zu nehmen. Dazu sei ihre Redefreiheit im Abgeordnetenhause auf ein Minimum beschränkt. Deshalb müssen sich die deutschen Abgeordneten die Presse und die Versammlungen zu ihrem Forum wählen.

Die Verhältnisse in diesem Staate fordern die Opposition zur schärfsten Kritik heraus. Auf der einen Seite gibt man Milliarden für Militär und Gendarmerie heraus, während andererseits über 300.000 Arbeitslose darben müssen. Das Ministerium für nationale Verteidigung hat bei uns 1900 Angestellte, während beim Kriegsministerium in Frankreich beispielsweise nur 1400 Personen angestellt sind. Kein Tag vergehe, ohne daß bei uns nicht irgendeine Korruptionssaffäre aufgedeckt werden würde.

Der Angeklagte verweist auf die Waffenankäufe der Tschechoslowakei in Oesterreich, die durch einen gewissen Brud bewerkstelligt wurden, der dabei zwölf Milliarden verdiente.

Abg. Dr. Baeran führte dann noch eine Reihe von Korruptionssaffären an, die er schon seinerzeit bei seinen verschiedenen Budgetreden vorgebracht hat. Er erklärt, daß er sich die Beweise für diese Sachen beschafft hat und daß man ihm nicht vorwerfen könne, auf welche Weise er sich die Beweise verschaffen sollte. Weiter erklärt er nochmals, daß er nie Spionage betrieben hat und daß er auch nie gewollt habe, ein anderer solle sie betreiben. Dann weist er zum Schlusse die Anschuldigungen der Anklageschrift zurück, als ob er mit den jüngst verurteilten Militärpersonen in engen Beziehungen gestanden sei. Die Mobilisierungsergebnisse habe er nicht nur von Schwabe, sondern schon früher von anderer Seite erhalten und er habe sie auch vervielfältigen lassen. Im Abgeordnetenhause seien den deutschnationalen Abgeordneten selbst von tschechischen Offizieren des östernen Verichte über militärische Angelegenheiten zur Verfügung gestellt worden. Der Angeklagte weist auch den Ausspruch zurück, daß er mit einigen Millionen den tschechischen Staat habe vernichten wollen. Er habe auch keine hochverräterischen Beziehungen mit den ungarischen Irredentisten unterhalten und fühle sich unschuldig angeklagt.

Das Einzelverhör.

Nach dieser Verteidigungserklärung des Abg. Dr. Baeran, die er in deutscher Sprache vortrug, worauf sie der Vorsitzende übersehte, wird mit dem Einzelverhör begonnen. Der Angeklagte befaßt sich mit seinem Verhältnis zu Schwabe und geißelt das Vorgehen der Polizei bei der Hausdurchsuchung in der Kanzlei der Nationalpartei in Brünn, wo man seinen Schrank ausgebrochen hat, obswar er mit seinem Verichte über die Mobilisierung habe er 3500 K gezahlt; er könne jedoch die Person, die ihn verschafft hat, nicht angeben. Bajnoezi kennt er nicht. Es sei möglich, daß er ihm einmal vorgestellt wurde, da er sich erinnert, daß er einmal im Abgeordnetenhause einen Herrn kennen lernte, dessen Namen auf -eji endete. Der Angeklagte gibt zu, daß er eine Nachricht erhielt, die jedenfalls durch die Vermittlung Bajnoezis ihm zugestellt wurde. Das Geld, das für die Nachrichten gezahlt wurde, sei aus einem Parteifonds der Deutschen Nationalpartei, der für diese Zwecke bestimmt war, gezahlt worden. Aus eigenen Mitteln habe er nie etwas bezahlt.

Der Verteidiger Dr. Giseit stellte jetzt den Antrag, daß der Abg. Kurisch als Zeuge vorgeladen werde.

Der Vorsitzende verzogte hierauf — um 8 Uhr 6 Minuten abends — die Verhandlung auf morgen halb 9 Uhr vormittags.

doch konnte deren Name nicht entziffert werden und der Täter verweigert auch eine nähere Aufklärung. Die „Eid. Nov.“ sprechen sogar von einem beim Attentäter gefundenen Verzeichnis mit zehn Namen von Personen, gegen die Anschläge verübt werden sollen.

Ein Gesetz zum Schutze der Republik?

Die „Eid. Nov.“ melden, daß in der Koalition ein Gesetz über den Schutze der Republik vorgeschlagen wird, das bereits im vorigen Sommer nach den politischen Wirren in Deutschland vorbereitet worden war. Die tschechischen sozialistischen Parteien sollen sich für dieses Gesetz bereits ausgesprochen haben.

Ein Aufruf der Prager Kommunisten.

Der Vollzugsausschuß der Prager Kreise der kommunistischen Partei erklärt einen Aufruf an die Arbeiterklasse, in dem es heißt:

„Wir fordern Euch auf, bereit zu sein! Die Uebergriffe des Chauvinismus, der bourgeoisen Willkür und der Herrenschheit wird jeder verständige Arbeiter ablehnen, der gerade heute zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Einheitsfront gekommen ist. Im sozialen Kampf verbindet Euerer Hände, auf die Provokationen antwortet durch Konzentration Euerer Kräfte. Den Arrangements der Demonstrationen sagen wir: Der Angriff auf unser Zentralorgan, der Freitag unternommen wurde, war der letzte, den die Prager Arbeiterklasse ertragen hat. Waget es nicht, ihn zu wiederholen!“

Ein Aufruf der Legionärgemeinde.

Eine Sitzung des Vorstandes der tschechischen Legionärgemeinde, welche am Sonntag stattfand, genehmigte die bisherige Haltung des Vollzugsausschusses und sprach dessen Vorsitzenden Dr. Batejdl das volle Vertrauen aus. Me Redner lehnten die Angriffe der nationaldemokratischen Partei ab und erklärten, hinter der Legionärgemeinde zu stehen; es wurde beschlossen, einen Aufruf an die tschechische Nation zu placieren und ein Memorandum an die Regierung der Tschechoslowakischen Republik zu richten.

Der Angriff auf das „České slovo“.

Das „České slovo“ sagt zu den Demonstrationen: „Wir lehnen Gewalt und Gewalttätigkeiten ab, das bedeutet aber nicht, daß wir und nicht wehren wollen und wehren werden. Wenn es nötig sein wird, so werden wir das Eigentum der Partei, das Eigentum der Armen, mit Erfolg verteidigen. Selbst beginnen wir keine Kämpfe; das ist nicht nötig, es muß und wird Ruhe sein. Aber wenn jemand angreift, wird er die Antwort bekommen, die er verdient. Wir dulden um keinen Preis, daß irgend jemand durch Terror Ruhe und Ordnung im Staate bedroht.“

Gegen die nationalistische Hege.

Der „Bondslnik“ wendet sich gegen die Fasistenbewegung und schreibt: „Hört auf zu hegen, denn Ihr wißt nicht, wie so eine Hege in der überreizten Atmosphäre wirken kann. Gestern (in einer auf der Sosienstraße stattgefundenen nationaldemokratischen Versammlung) wurde gegen gute und edle Leute, wie es die Vorsitzenden der Legionärgemeinde Abg. Dr. Batejdl und Dr. Scharava sind, gehetzt. . . Soupal's Büberlei, gut da sind wir alle in einer Reihe. Aber wir sind nicht bereit, zu schweigen, wenn gnüßliche Leute ihr Parteipöppchen an der Rosin-Tragodie loschen und in ihren Versammlungen ihre Soupal-Leute erziehen. Wochenlang schon schweigen wir zu verschiedenen unterirdischen Prager Wühlereien, denen die nationaldemokratische Partei ihren Segen erteilt. Auf schmähtliche Weise werden Leute beleidigt, die an der Spitze der Republik stehen und unserer Stolz bilden. Wir, die die Liebe zur Nation nicht erst zu beweisen brauchen, haben dieses Treiben satt. Wenn die politische nationaldemokratische Partei nicht vor dem Attentat auf den Präsidenten der Republik zurückschreckt, so darf unsere nationaldemokratische Partei nicht vergessen, daß Prag nicht Warschau ist und daß wir uns Beleidigungen unseres Präsidenten nicht gefallen lassen. Gerade der Fall Rosin zeigt, wie eine solche Politik den Staat politisch und wirtschaftlich schädigt.“ Das Blatt beschäftigt sich dann mit einem satirischen Flugblatt der Fasisten gegen den Präsi. deren Masaryk und sagt zum Schlusse: „Wir und auch die Legionäre sind bereit, allen persönlichen und Parteistreit den höheren Interessen der Nation unterzuordnen, und auch die nationale Koalition zu erhalten, aber dann muß sich auch die nationaldemokratische Partei und alle, die den persönlichen Haß gegen den Präsidenten und den Minister Benes aus kleinlichen Gründen höher stellen als die Nation, in ihrer Presse darnach richten. Bei den heutigen Verhältnissen, an denen wir nicht Schuld tragen, wird die Situation in der Koalition fast unmöglich, wenn nicht die nötige Korrektur erfolgt.“

Die lügnerische Hege der Nationaldemokraten.

Obwohl die gesamte nationaldemokratische Partei und ihre Presse das Attentat auf Maschin politisch auszuwerten und es als einen Akt seiner politischen Gegner hinzustellen sucht, wird der Gipfelpunkt dieser Hege von der „Narodni Demokracie“ erklimmt, welche direkt die Redaktionen gewisser Tagesblätter beschuldigt, hinter dem Attentat auf Maschin zu stehen. Es schreibt:

In den Redaktionen einiger Blätter sieht die Ursache. Nicht nur in denjenigen, welche in dem Deutschbroder Tollkopf geradezu den Entschluß zum vorbedachten Mord wadzrieten, sondern in den Redaktionen der Blätter, welche außerhalb der Parteien die Interessen sehr bedeutsamer Persönlichkeiten verbreiten. . . Diese Blätter schlossen von Anfang an auf Dr. Maschin, nicht ein Soupal, ein Bursche mit der Geste eines hysterischen Tollhänslers.

Selbstverständlich wird das Attentat als der „Beginn einer organisierten Verschwörung“ hingestellt, um die Stimmung für irgend ein Ausnahmegericht zu erzeugen. Ebenso unbershämmt weist das Blatt auf die Legionäre als die Schuldigen am Attentat hin, indem es schreibt:

„Die sozialistischen Legionäre sind neben den Bolschewiken die Hauptschuldigen an dem Attentat. Das ist die Stimme des Volkes. Und das wird sicherlich auch bei der Gerichtsverhandlung mit dem verbrecherischen bolschewistischen Duden nachgewiesen werden.“

Die Erhebungen in Deutsch-Brod.

Das Verhör mit dem Attentäter wird eifrig fortgesetzt zu dem Zwecke, ob Komplizen in Betracht kommen. Es wurden eine Anzahl von Zeugen bereits in Deutschbrod einvernommen, zum größten Teil junge Leute, die zum Bekannntkreis des Attentäters zählen. Die Mehrzahl schildert Soupal als einen Schwärzer und exaltierten Menschen, der seine Absichten, ein Attentat auf Rosin auszuführen, nicht geheim hielt. Seinen diesbezüglichen Mitteilungen wurde jedoch kein Gewicht beigelegt. Nach der Aussage dieser Zeugen begründete Soupal seinen Haß gegen Rosin damit, daß dieser die Rot und die Arbeitslosigkeit der Arbeiterklasse verursachte, ferner daß er der Repräsentant des Kapitals ist, das ein Unglück für das Proletariat bedeute und daher durch eine revolutionäre Tat bekämpft werden müsse.

Die Untersuchung stellte ferner fest, daß in Deutschbrod, wo Soupal bis zu seiner dienstlichen Einteilung nach Pilsen ständig wohnte, und wohin er am 12. Dezember, also noch dem zuerst beabsichtigten Attentat auf Rosin wahrscheinlich zurückkehrte, der Maurer Josef Balloun und der Schlosser Stanislaw Kahule, mit Soupal über das Attentat bis ins Einzelne gesprochen und die Pilsener, die der Attentäter am 14. Oktober in Pilsen erstand, gefehlt hatten. Balloun und Kahule wurden gestern nachmittags in Haft genommen und nach Prag eingeliefert. Die Untersuchung gegen diese beiden wird in der Richtung geführt, ob sie eine Schuld am Attentat haben, beziehungsweise, ob sie die Ratgeber oder die Inspiratoren Soupal's waren. Nach Deutschbrod sind heute mehrere Polizeibeamte gereist, um dort weitere Untersuchungen zu pflegen, beziehungsweise Verhaftungen vorzunehmen.

Tages-Neuigkeiten.

Ein Kirchendiener, der Schulknaben zur Unzucht verleitet.

In Kostenblatt bei Bisk wurde dieser Tage der Kirchendiener Siegfried Marešch verhaftet, der sich schwere Verfehlungen gegen die Schuljugend hat zuschulden kommen lassen. Schulknaben von zehn Jahren aufwärts verleitet er zur Onanie, befähigte ihre Körper und veranlaßte sie, bei ihm in gleicher Weise zu verfahren. Selbst die Kirche benötigte er dazu, um solche Schandthaten auszuführen. Zu Zeiten, wo es ihm nicht gebeuer war, bestellte er die Knaben außerhalb des Ortes in eine unbesetzte Obstdörre. Dieses Unwesen hat der Mann, der 54 Jahre alt und bereits das zweite Mal verheiratet ist, schon sehr geraumer Zeit ausgeübt. Die Kinder waren sehr verschlossen und nur durch Zufall kam ein Familienvater dahinter, daß es mit seinem Jungen etwas haben muß. Nach einem strengen Verhör kam die Sache an den Tag, es erfolgte die Anzeige und nach weiteren Einvernehmen auch die Verhaftung des schweineischen Kirchendieners. Wie aus Kostenblatt geschrieben wird, fehlt es dort gänzlich an einem gründlichen schularztlichen Dienst, durch den ein solches Unwesen hätte verhindert werden können. Die Distriktsärzte werden wohl für den schularztlichen Dienst bezahlt, doch beschränkt sich dieser auf eine einmalige jährliche kurze Ueberprüfung, wobei es an Gründlichkeit vollständig fehlt.

Vor einer Woche berichteten wir von dem Fabrikdirektor und Sittlichkeitsverbrecher Wid aus Szomolna, der über hundert Mädchen und Frauen geschändet und unglücklich gemacht hat. Er und seine ganze Gesellschaft, der ein katholischer Geistlicher assistierte, sind Mitglieder der christlichsozialen Bewegung. In Kostenblatt ist nicht so Arges geschrieben. Dennoch aber wurden Schulknaben zur Unsitlichkeit und Unzucht gezwungen und erzogen und zwar von einem „Diener der Kirche“. Wir halten dafür, daß die Eltern eine Möglichkeit besitzen, ihre Kinder vor solchen Gefahren zu beschützen; keine Verührung mit dem Pfaffen und seinen Dienern in der Schule, kein geistlicher Religionsunterricht, kein Ministrantentum und so weiter. Es ist nicht zu verwundern, wenn Kirchendiener gewissen „Priestern“ abguden, wie man mit Kindern umgeht. Wir aber müssen diese vor allen Schädigungen ihrer Gesundheit und ihrer Sittlichkeit schützen. Also auch aus diesem Grunde: laßt euren Kindern nur konfessionlosen Unterricht angebeihen.

Der Millionendiebstahl bei der Böhmisches Handelsgesellschaft in Ausfig.

Die Täter verhaftet.

Wie erinnerlich, wurde seinerzeit von der Ausfiger Sicherheitswache der Fleischergesellschaft der aus Deutsch-Babel unter dem Verdacht verhaftet, den Millioneneinbruch bei der Böhmisches Handelsgesellschaft in Ausfig verübt zu haben. Köcher erklärte zunächst, den Einbruch begangen zu haben, wiewer tief dann aber diese Erklärung und gab an, in der

Zum Attentat auf Maschin.

Besserung im Befinden des Ministers.

Die im Laufe der beiden Feiertage ausgegebenen Bulletins über das Befinden Maschins melden übereinstimmend anhaltende Besserung. Bei der am Samstag vorgenommenen Röntgenuntersuchung wurde festgestellt: Das Projekt durchdrang schräg den ersten Brustwirbel und blieb am unteren Rande seiner Vorderseite stehen. Auf dem Wege verlegte es das Rückenmark. Da es in dem Knochen an einer unschädlichen Stelle liegt, würde keine Entfernung zwecklos sein und nur das ständig ernste Befinden schädigen. Der Kranke ist ständig bei Bewußtsein.

Das Verhör mit dem Attentäter

in der Polizeidirektion wurde Samstag fortgesetzt und beendet. Sonntag früh wurde er dem Strafgericht eingeliefert. Soupal soll bedauert haben, daß ihm das Attentat nicht vollständig gelang. Nach einer Meldung der Polizeikorrespondenz wurde von den in Pilsen einver-

nommenen Zeugen, wo Soupal drei Monate bei einer Versicherungsgesellschaft angestellt war, von neuem bestätigt, daß er Anarcho-Kommunist und ein entschiedener Gegner der politischen Tätigkeit des Finanzministers Dr. Maschin sei. Soupal habe sich in Pilsen öfter geäußert, Maschin müßte bestraft werden, weil er das kapitalistische System erhalte. Als er einmal seinen Browning vornahm, meinte er zu einem Zeugen, er würde Dr. Maschin mit diesem Revolver niederschlagen, wenn er ihm zufällig begegnen würde. Bei seinen Zwischentritten im Walde bei Lohowitz habe er einmal in den schwarzen Ring der Zielscheibe getroffen und dabei ausgerufen: „So wird das Projekt durch Maschins Körper gehen.“ — Nach der „Tribuna“ soll Soupal beim Verhör angegeben haben, seine Flucht habe nur den Zweck gehabt, noch ein weiteres Attentat, und zwar gegen Dr. Preis, den Generaldirektor der Linobank, zu verüben. In den schriftlichen Aufzeichnungen des Täters habe man diese Absichten auch tatsächlich verzeichnet gefunden. In diesen Aufzeichnungen wird neben Dr. Maschin und Dr. Preis noch eine dritte Person angeführt,

betreffenden Nacht in einem Gasthaus in Kreibitz, Leichstadt übernachtet zu haben. Die Nachforschungen ergaben die Richtigkeit dieser Angabe, trotzdem bleibt die Festnahme Böhmers ein sehr guter Fang, weil ihm und seiner Platte 55 schwere Einbrüche in verschiedenen Städten Nord- und Westböhmens nachgewiesen wurden. Durch die von der kuffiger Kriminalabteilung gepflogenen Erhebungen wurden nunmehr die richtigen Täter, welche den Millionendiebstahl bei der böhmischen Handelsgesellschaft in Kuffig verübt haben, ermittelt und zum Teil auch bereits verhaftet. Es sind dies die Brüder Josef und Franz Koborn aus Batef (Bezirk Bodebrad) und Josef Bauer aus Böhmen. Die beiden Brüder Koborn befinden sich bereits an Haft. Ein großer Geldbetrag, welcher aus dem Diebstahl herrührt, wurde bei ihnen noch gefunden und konfisziert. Sie hatten bereits von dem gestohlenen Gelde in Mariaschein ein Haus gekauft. Bauer ist noch flüchtig, seine Ausforschung wurde veranlaßt. Wegen Teilnahme an dem Diebstahl wurde ferner Wilhelm Deser aus Saaz in Dresden verhaftet. Er hatte von Bauer einen größeren aus diesem Diebstahl herrührenden Geldbetrag bekommen und durchgebracht. Weiter wurde er in Graupen wohnhafte Alois Dermal ebenfalls wegen Teilnahme verhaftet. Er hatte von Franz Koborn 120.000 K erhalten, welche aus diesem Diebstahl herrührten und einen Teil dieses Geldes zum Ankauf des Hauses in Mariaschein verwendet. Den Rest hat er bei einem Geldinstitut in Tepitz eingelagert. Weiter wurde ein gewisser Josef Hellmich aus Tepitz ebenfalls wegen Teilnahme verhaftet. Die Verhaftung weiterer Komplizen wurde veranlaßt.

Die Stadt Kuffig für die Arbeitslosen. Der Stadtrat der Stadt Kuffig hat beschlossen, an die Regierung eine Eingabe um Nachschuß der Ausgaben von jenen Kohlen zu verlangen, welche an die Arbeitslosen gelangen sollen, weiter an die von der Arbeitslosigkeit nicht betroffene Bevölkerung einen Aufruf um Unterstützung und an die Kohlengrößfirmen um Verteilung von Kohlen zu richten. Aus Gemeindemitteln wird ein Betrag von 100.000 K zur Milderung des Arbeitsloseneulends zur Verfügung gestellt und bei der Kommission für die Regulierung der Moldau und Elbe wird eingeschritten, daß beim Bau der Staustufe beim Schreckenstein nur Arbeitslose aus dem kuffiger Bezirk verwendet werden.

Militärjustiz. Vor einigen Wochen wurden einige Soldaten in der Slowakei verhaftet, weil sie sich angeblich an einem Ueberfall auf ein militärisches Objekt beteiligt hätten. Sie wurden vier Wochen in Untersuchungshaft gehalten, gefesselt nach Raftchau geführt und da es nicht gelang, ihnen Geständnisse zu erpressen, traktierte man sie mit Ohrfeigen und schlug sie mit Knütteln auf den nackten Körper. Trotzdem war ihnen kein Geständnis abzurufen, sodaß es also wahrscheinlich ist, daß man sie ungeschuldig vier Wochen lang eingesperrt gehalten und außerdem in brutaler Weise mißhandelt hat.

Breslaus Bürgermeister — ein Sozialdemokrat. In der letzten Stadtverordnetenversammlung von Breslau wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete Vandmann mit 52 gegen 46 Stimmen zum Vorfeser und Genosse Grohmann zu dessen Stellvertreter gewählt. Der bisherige erste Bürgermeister von Breslau war ein Demokrat.

Die Hallenser Denkmalsattentäter verhaftet. Wie den Blättern aus Halle gemeldet wird, verhaftete die Polizei fünf jugendliche Arbeiter, die der sozialistischen Partei angehören und am Neujahrstag die drei Dynamitanten verübt haben, wodurch u. a. das Kaiser Wilhelm Denkmal schwer beschädigt wurde.

Schiedsgerichtsvertrag zwischen Oesterreich und Ungarn.

Beiprechung gemeinsamer wirtschaftlicher und finanzieller Fragen.

Budapest, 8. Jänner (S. B.) Sonntag um 10 Uhr vormittags erschien der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel und Minister des Innern Dr. Grünberger beim kgl. ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Bethlen, um mit ihm und dem mit der Führung des kgl. ungarischen Ministeriums des Innern betrauten Justizminister Geza von Daruvarh eine eingehende Aussprache über das ganze Gebiet der die beiden Staaten interessierenden politischen Fragen zu pflegen.

Do sich im Verlaufe der Aussprache ergab, daß in den politischen Auffassungen der österreichischen und ungarischen Staatsmänner keinerlei Differenzen vorhanden sind, die dem Abschluß eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages entgegenstehen, wurde einvernehmlich der Text eines Uebereinkommens festgelegt, laut welchem die sich ergebenden Streitfragen, welcher Art sie auch immer sein mögen, zur Entscheidung einem gewählten Schiedsgerichte oder dem ständigen internationalen Schiedsgerichtshofe in Haag vorgelegt werden.

Gleichzeitig wurden von einem eigens hiezu gebildeten Komitee die wirtschaftlichen und finanziellen sowie eine Reihe anderer nach in Schemo beizuhaltender Fragen besprochen. Ein im Sinne des Venediger Protokolls von dem dort vorgeesehenen

Schiedsgerichte gemachter Vergleichsvorschlag wurde durchbesprochen und einige daran vorzunehmende Änderungen wurden einvernehmlich festgelegt. Bezüglich anderer prinzipieller Fragen (Liquidation des gemeinsamen Eigentums der Staaten, Handelsfragen usw.) wurde beschlossen, Ende dieses Monats hierüber in Wien Verhandlungen aufzunehmen. Sollte über die Fragen bis zum 1. April l. A. eine Einigung nicht zustandekommen, so wird sie einem zu diesem Zwecke einzusetzenden Schiedsgerichte übertragen werden.

Nach eingehender Erörterung der allgemeinen handelspolitischen Fragen und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde vereinbart, daß das in Oesterreich bereits parlamentarisch erprobte Handelsübereinkommen nach Annahme des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes in der Ratifikationsversammlung sofort in Kraft gesetzt werden wird. Gleichzeitig wird das Uebereinkommen betreffend Erleichterungen im Grenzverkehr und über wechselseitige Unterstützung in der Zollabfertigung und gegenseitigen Rechtsbeihilfe in Zollverfahren in Geltung treten. Die Schwierigkeiten, die sich mit der Durchführung des geltenden Warenabtauschabkommens ergeben haben, wurden beseitigt. Beide Regierungen beabsichtigen, analoge Verhandlungen auch mit anderen Nachbarstaaten einzuleiten.

Fluchtversuch des Mörders Tschob. Aus Berlin wird uns telephoniert: Wie erst jetzt bekannt wird, hat einer der Mörder Rathenaus, Tschob, vor 14 Tagen aus dem Zuchthaus Sonnenberg in Thüringen einen Fluchtversuch mit Unterstützung eines gewissen Haller unternommen. Dieser wurde bereits wegen Landesverrat verhaftet. In seinem Besitze befanden sich französische Banknoten. Außer ihm wurden noch einige Personen festgenommen. Der Reichsanwalt begab sich sofort nach Sonnenberg und ordnete strengere Bewachungsmaßnahmen an.

18 Monate Dienstreise in Italien. Aus Rom wird gemeldet: Der Minister hat einen Antrag angenommen, nach welchem die Dauer der Militärdienstreise auf achtzehn Monate festgesetzt wird.

Eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke in Prag. Der Hauptausschuß und die Ortsgruppe Prag der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Tschechoslowakischen Republik“ haben eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke ins Leben gerufen. Sprechstunden im Kinderambulatorium, Prag V., II. Mikolodnick Nr. 2. Für Frauen wird jener Dienstag, für Männer jeden Sonntag, immer von 6 bis 7 Uhr unentgeltlich Rat erteilt. Besondere Aufmerksamkeit wird allen der Ehe gefährdenden Fragen zuteil werden. (Ehefähigkeit, Gesundheitszeugnis usw.)

Meeting der Arbeitslosen. Am Altstädterring fand gestern vormittags ein Meeting der Arbeitslosen statt. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden des Verbandes der Arbeitslosen Polorny eröffnet. Es sprachen eine Anzahl kommunistischer Redner, unter ihnen Joriska, Strouhal, Koval, Japotsch und Abg. Smeral. Die Versammlungsteilnehmer zerstreuten sich sodann in voller Ruhe.

Die erste Hinrichtung in der Republik findet heute beim Kreisgericht Lohov statt. Gehängt

wird der Mörder Kobal, der zwei Gleichhauer aus der Umgebung Prag ermordet hat. Es ist dies das erste vollstreckte Todesurteil eines Zivilrichters in der Tschechoslowakischen Republik.

Ermordung eines Gendarmen. Der Gendarmenwachmeister in Rokosim bei Prazau bemerkte in der Früh beim Einfahren eines Zuges in die Station zwei Männer, die ihm bedächtig erschienen. Er wollte sie verhaften, die beiden widerstrebten sich aber und einer stieß den Gendarmen durch zwei Schüsse nieder. Der Gendarm sank tot zu Boden, die Täter flüchteten.

Telegramme.

Die Sozialdemokratie gegen die Bländerpolitik.

Berlin, 7. Jänner (Tsch. P. B.) Der „Vorwärts“ berichtet aus Köln vom 6. Jänner: Die Internationale sozialistische Tagung in Köln hat heute einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Das Aktionskomitee protestiert mit allen Kräften gegen die Politik der Bländer und fordert die sozialistischen Parteien auf, diese Politik mit aller Entschlossenheit zu bekämpfen.

Paris, 6. Jänner. Gestern abends hat hier eine von der französischen Gewerkschaftszentrale der sozialistischen Partei und der Liga für Menschenrechte veranstaltete Kundgebung zugunsten einer friedlichen Regelung der Reparationsfrage stattgefunden. Für die Gewerkschaften sprach Johanz, für die sozialistische Partei Abg. Blum und für die Liga der ehemalige Minister Paul Boncourt.

Die Resolution des Kölner internationalen Organisationskomitees lautet:

Das Aktionskomitee hat die Mitteilung des Genossen Wels über die Mißbräuche, unter

denen die Bevölkerung des besetzten Gebietes leidet, mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengenommen und fordert die sozialistische Presse auf, diese Tatsachen zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen. Das Aktionskomitee lenkt mit besonderem Nachdruck die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die schweren Gefahren hin, die für den Weltfrieden aus der durch das Scheitern der Pariser Konferenz geschaffenen Lage entstehen. Es bekräftigt nachdrücklich die Beschlüsse von Haag und Frankfurt über die Notwendigkeit, so rasch als möglich den militärischen Besetzungen durch Truppen aller alliierten Nationen ein Ende zu machen und die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gebiete in der von den proletarischen Organisationen vorgeschlagenen Weise durchzuführen. Das Aktionskomitee protestiert mit aller Kraft gegen die Politik, die unter dem Vorwand der Bändnahme gewaltsame Maßregeln gegen Deutschland, insbesondere die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, befürchten läßt, und fordert die sozialistischen Parteien auf, diese Politik mit Entschlossenheit zu bekämpfen.

Der Kampf um die Wöllersdorfer Werke.

Wien, 8. Jänner (Eigenbericht.) Die Arbeiter der Wöllersdorfer Werke nahmen in einer vergangenen Freitag stattgefundenen Vollversammlung zu der durch das Regime der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft geschaffenen Lage Stellung. Nach Anhören des Berichtes des Betriebsrates wurde folgende Resolution angenommen: Die Arbeiterklasse erklärt den Bericht der Betriebsräte zur Kenntnis zu nehmen. Sie fordert energisch die Wiedereinstellung von 2200 Arbeitern, die entgegen der Entscheidung der industriellen Bezirkskommission in Wiener-Neustadt und des Ministeriums für soziale Verwaltung zu Unrecht entlassen wurden. Sie erklärt in der Stilllegung der Wöllersdorfer Werke einen Rechtsbruch und fordert die Lösung des zwischen der Bundesverwaltung und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft abgeschlossenen Vertrages, demgemäß unter allen Umständen die Fortführung des Betriebes auch ohne die AEG. verlangt wird.

Die begonnenen Verhandlungen haben bis jetzt kein Ergebnis gezeigt.

Sonderverhandlungen der Engländer und Türken?

Lausanne, 6. Jänner (Schw. Dep. Ag.) Mustafa Bey ist Freitag nachts mit einem anderen türkischen Delegierten in besonderer Mission nach London abgereist. Man bringt die Reise in Zusammenhang mit den englischen Bestrebungen, eine Annäherung an die Türkei und die Lösung verschiedener Fragen, besonders der von Moskau unabhängige von der Konferenz zu suchen.

Der französische Militarismus außer Rand und Band.

Berlin, 8. Jänner (Tsch. P. B.) Nach Berichten aus dem besetzten Gebiet herrscht dort reges militärisches Leben. Der Verkehr über die Rheinbrücken ist gesperrt. In Düsseldorf und den übrigen neubesetzten Gebieten, wie z. B. in Duisburg, sind neue französische Abteilungen eingetroffen. Es werden Quartiere für Truppen requiriert. Landgeschwader und Kavallerie ziehen durch die Straßen. Nach allen heute veröffentlichten Nachrichten muß Deutschland darauf gefaßt sein, daß die Stadt Essen a. d. Ruhr Mittwoch von etwa 5000 Mann französischer Truppen und einer belgischen Brigade besetzt werden wird.

Copyright 1923 by Der Welt-Verlag, Berlin-Weißensee.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (48)

Autor. Uebersetzung von Germania zur Mühlen.

59.

Auf dem Plage stand ein mit Zackleinwand überdachter Karren, wie man sie noch bisweilen auf der Landstraße antrefft, und in denen Romadensfamilien leben. Aufscheinend war eine solche Familie unvorsichtig genug gewesen, zum Kongreg in die Stadt zu kommen. Die Menge hatte ihr Opfer auf das Dach gesetzt, nachdem sie es zuerst mit roter Farbe übergossen, damit jeder den roten Propheten erkenne, von dem die Zeitungen soviel geschrieben hatten. An die Leichsel des Karrens hielten sie einen langen Strid befestigt, und nun zogen etwa zweihundert Männer daran, schleppen so den Karren durch die Straßen, tanzend, springend, johlend, Drohungen gegen die roten ausstößend. Etliche liefen voraus, um die Bahn frei zu machen, dann folgte der Karren, schaukelnd und schwankend, so daß der Prophet von einer Seite auf die andere geschleudert wurde. Zum Glück war in dem Leinwanddach ein Loch und er konnte sich an einer der Holzstangen festhalten.

Der Zug hielt vor mir an. Auf jeder Seite marschierte die Ehrenwache im Schritt, jeder Mann die Hand auf der Schulter des Vordermannes, und sie sangen im Chor: „Hi, hi, der Volkswissenschaftenprophet. Hi, hi, der Volkswissenschaftenprophet!“ Andere wieder brüllten: „Ich will nicht arbeiten! Ich will nicht arbeiten!“ Dies ist der Spitzname des Moblands für die J. W. W.s (I won't work!). Jemand hatte mit roter Farbe die Buchstaben auf den Karren gemalt. Ein Beirunfener, der neben mir am Trottoir stand, bröhte mit der Faust dem Propheten,

brüllte wie ein Rebellhorn: „Du, du verdammt Anarchist! Wenn du ein Prophet bist, komm vom Karren herunter und heile meinen Tripper!“ Die Menge lachte wie toll und der Betrunkene freute sich derartig über seinen Erfolg, daß er neben dem Karren einherfährt und seine Worte unentwegt wiederholte.

Ich vernahm hinter mir ein gewaltiges Mirren. Mich umwendend, sah ich, wie ein Soldat im „Royal Hotel“ das Fenster mit einem Stuhl einriegelte. Hinter ihm standen zwanzig oder dreißig Mann in Uniform, die den Späß mit dem Propheten mitmachen wollten, und die Menge den Zugang zum Hotel verstellte, suchten sie so einen Ausgang.

Natürlich wußte ich, daß ich nichts tun könnte; ebensogut hätte ich einen Wirbelwind durch meinen Arm anzufangen vermocht. Zimmermann hatte nach dem Martrium verlangt, nun war es ihm geworden, nach der besonderen Art unseres freien, unabhängigen Landes. Es gibt bei uns viele Agitatoren und Blöder unserer Selbstherrlichkeit, und auch diese gelangen auf die eine oder die andere Art zum Martrium, doch hatte sich noch nie einer derart unbeliebt gemacht wie der Volkswissenschaftler, der nun „sein“ Martrium erfüllt. „Paddi sie sei an!“ ist ein Losungswort im Heer. Ich folgte dem Karren, dachte, ich würde früher oder später als Bahrenträger nützlich sein können.

Wir erreichten das „Palace-Hotel“ und viele Männer in Uniform strömten aus der Halle. Ich hörte eine Frauenstimme aufschreien, sprang auf ein Fensterbrett und konnte nun die Menge überblicken. Ein halbes Dutzend Rowdies hatte sich eines Mädchens bemächtigt; ich weiß nicht, was sie ihr vorwarfen, vielleicht waren ihre Röde zu kurz, oder sie war zu einem frech gewesen, jedenfalls rissen sie ihr die Kleider vom Leib. Nachdem sie nur mehr mit Schuhen, Strümpfen und einem Haarband bekleidet war, hielten sie das Mädchen neben den roten Propheten, brül-

lend: „Das ist die rechte für dich!“ Und der Betrunkene fand einen neuen Witz: „He, du verdammt Bolschewik, weshalb nationalistisch bist du nicht?“ Die Männer bogen sich vor Lachen, tanzten wie verrückt um den Karren. Denn natürlich kennen sie ganz genau alle Details der „Nationalisierung der Frauen in Rußland“ und sie hatten auch in den Zeitungen von Mary Magna gelesen und von der Vorliebe des Proprietärs für Kinofrauen und andere leichtlebige Damen. Zimmermann streckte dem Mädchen die Hand hin, um sie vor dem Hinunterfallen zu retten, worauf die Menge derart aufbrüllte, daß es mich an die wilden Tiere in einer Arena gemahnte. Und durch mein wirbelndes Gehirn juckten Zimmermans Worte: „Es ist Rom, Rom, Rom, das niemals stirbt.“

Wir kamen zum Hypodrom unserer Stadt, das wie alle Vergnügungsorte den Mitgliedern der Brigade zur Verfügung stand. Jemand in der Menge mußte dieses Lokal gekannt und den Karren hierher gelenkt haben. Im Hypodrom finden auch Zirkusvorstellungen statt, es be- eine Art Rennbahn für Automobile, wo auch die Käfige der wilden Tiere aufgestellt werden. Nun gerieten die Wahnsinnigen den schwankenden Karren auf die Bahn.

Das nackte Mädchen glitt vom Dach, jemand fing es auf und hatte die Barmherzigkeit, es fortzutragen. Der Karren rollte weiter, warf Kuffen, Schauspieler und Zuhörer um, die Leute, den den Strid zogen, marschierten über die Bühne, hinter ihnen her rollte der Karren mit den roten Buchstaben und dem rotangefrichenen Opfer, das sich trampfhaft festhielt. Der kaltebraune Schwarm umlängte Zimmermann, brüllte ohrenzerreißend: „Hi, hi, der Volkswissenschaftenprophet!“

Ich stand nahe genug, um alles sehen zu können. Ich weiß nicht, ob Zimmermann ohnmächtig geworden war oder sich bloß nicht mehr halten konnte, jedenfalls rollte er vom Dach nieder

und eiliche gingen ihn auf. Dann rissen einige Männer von einer Wand einen Vorhang, stellten sie etwa dreißig zu einem Kreis auf, warfen den Propheten vom Vorhang zehn Fuß in die Luft, fingen ihn wieder auf, schleuderten ihn abermals empor.

Ich konnte den Anblick nicht länger ertragen. Schwankte durch eine Hintertür aus dem Theater. Die Kasse war verödet. Ich stand dort, die Hände an den Kopf gepreßt, ekelgeschüttelt; schier unbewußt wiederholte ich laut Zimmermans Worte: „Es ist Rom, Rom, Rom, das niemals stirbt.“

Einen Augenblick später vernahm ich ein Mirrendes Geräusch. Ich duckte mich, eufam so einem Regen von Glascherben. Nun blüde ich auf und sah entsetzt den rotbemalten Kopf, sowie Zimmermans rot und weiß gefleckte Schuher über mir erscheinen. Zum Glück befand sich zwischen ihm und der Erde ein schmales Gefäß. Er rollte darauf weiter, ich fing ihn auf und ließ ihn unverfehrt zur Erde gleiten.

60.

Ich hatte erwartet, er werde mehr tot als lebendig sein, wollte ihn auf meine Schultern heben und in irgendein Versteck schleppen. Zu meiner Verblüffung stellte er sich auf die Füße. Sein Gesicht konnte ich wegen der herabstürzenden Farbe nicht genau sehen, dennoch bemerkte ich, daß es unterzerrt war. Ich entsann mich der sanften, mitleidigen Blicke; niemals hätte ich geglaubt, sie so zu sehen.

Er hob die geballten Fäuste. „Ich wollte für diese Menschen sterben. Jetzt — aber sollen sie selbst für mich sterben!“ Und plötzlich griff er mit einer schier wahnsinnigen Gebärde nach meiner Hand. „Laßt mich mit ihnen entfliehen. Irrendwohin, irgendwie. Laßt mich dorthin zurück, wo ich war, dorthin, wo ich nicht sehe, nicht höre, nicht denke. Laßt mich in die Kirche zurück.“ (Schluß folgt.)

Poincaré „informiert“ die Kleine Entente.

Paris, 6. Jänner. „Matin“ schreibt: Poincaré hat gestern nach Warschau, Bukarest, Prag und Belgrad telegraphiert, um die befreundeten Regierungen über die durch die Konferenz geschaffene Lage zu unterrichten.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein.

Washington, 7. Jänner. (Savas.) Im Senate wurde ein Antrag Reeds angenommen, in welchem die Abberufung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande gefordert wird. Hierauf nahm der Senat einen Zusatzantrag Reeds an, in dem es heißt, daß in der Zurückziehung der amerikanischen Truppen keine Unfreundlichkeit gegen irgendeine der durch diese Maßnahme betroffenen europäischen Nationen erblickt werden dürfe.

Nach einer Neuermüdung ist durch den Senatebeschluß über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein die Möglichkeit eines Eintrittes Amerikas in das Reparationsproblem verringert worden. Die amtliche Stellung zur gegenwärtigen Lage wird bezeichnet als diejenige eines „wohlwollenden Zuschauers“.

Franzosen als Reorganisatoren der roten Armee?

Ein unglaubliches Ersuchen der Sowjets.

Paris, 7. Jänner. (Savas.) „Matin“ meldet, die Sowjetregierung habe Poincaré ersucht, daß nach Rußland eine Militärmission mit Marschall Joffre an der Spitze entsandt werde, die die russische Armee reorganisieren würde. Das Blatt meldet, Poincaré habe dieses Gesuch abgewiesen.

Die Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zweiter Verhandlungstag.

Der zweite Tag der Verhandlungen begann mit einem Berichte des Genossen Macoun über den Verlauf über die Bedeutung des

internationalen Friedenskongresses,

den der Internationale Gewerkschaftsbund für die Zeit vom 10. Dezember 1922 und die folgenden Tage nach Haag einberufen hatte. Der Referent schilderte die Vorgeschichte dieses Kongresses, das Wirken der gewerkschaftlichen Internationale für den Frieden und besprach die feinerzeitigen Aktionen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegen die Bedrückung der Arbeiterklasse in Ungarn und gegen die Versorgung Polens mit Waffen und Munition. Auf dem Kongresse waren die Gewerkschaften nahezu aller Länder Europas vertreten, dann die zweite sozialistische Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft, außerdem Vertreter einer Reihe pazifistischer (Friedens-) Organisationen. Auch die russische Gewerkschaftszentrale war geladen, für die einige Vertreter, darunter Rabel und Losowski erschienen waren. Die in Haag beschlossenen Rundgebungen verpflanzten die Gewerkschaften aller Länder, mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Kampfmitteln jede kriegerische Politik ihres Staates zu bekämpfen und im Kriegsfall selbst zur schärfsten Waffe, dem

Massenstreik

zu greifen, um neues mörderisches Blutvergießen und Vernichten von zahllosen Menschenleben zu verhindern. Gen. Macoun besprach dann das Auftreten der russischen Bolschewiki, die er noch ihrer imperialistischen Politik gegenüber Georgien als am weitesten berufen hinstellt, dem internationalen Proletariat Lehren zu geben. Der Bericht über den Friedenskongress wird ohne Aussprache von der Vorstandskonferenz mit Beifall zur Kenntnis genommen.

Es kamen dann noch eine Reihe von

Organisationsangelegenheiten

zur Verhandlung. So ein Bericht des Gen. Hausmann über die Vorarbeiten zur Gründung einer Arbeiterbank, dann ein Bericht über einige Angelegenheiten der Betriebsausschüsse, ferner ein Bericht des Genossen Macoun über die Wirkungen der Krise auf die Stellung der Kreisgewerkschaftskommissionen. In den Angelegenheiten der Betriebsausschüsse gab es eine länger Aussprache, an der sich die Genossen Hausmann, Scharing, Bergmann, Schäfer und Dr. Zahn beteiligten. Die Redner sprachen sich zumeist dahin aus, daß die Mängel des Betriebsausschusses immer deutlicher hervortreten. Ausserdem gemacht wurde, daß die Vertretung der Betriebsausschüsse an Mitglieder der Schiedskommissionen es mit sich bringen kann, daß die Arbeiter ein solches Anu in Zukunft kaum werden ausüben können.

Hinsichtlich des Wirtschaftsbeirates, dessen Errichtung im Dezember erfolgt ist, und dem für den Deutschen Gewerkschaftsbund eine Anzahl Vertreter angehören, wird von Gen. Pretsch angeregt, und dieser Anregung auch zugestimmt, daß vor der nächsten Sitzung des Wirtschaftsbeirates die ihm angehörenden Gewerkschaftsmitglieder zusammenzubekommen sind, um über den Arbeitsplan und die Tätigkeit in den Kommissionen die notwendigen Vereinbarungen zu schaffen.

In seiner Schlussansprache würdigte der Vorsitzende, Genosse Roscher, den Wert der von der

Vorstandskonferenz geleisteten Arbeit und hob mit Befriedigung hervor, daß die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände zwar von den Wirkungen der Krise hart mitgenommen wurden, aber allen Anstürmen standgehalten haben. So werde es auch weiterhin in gemeinsamer Arbeit gelingen, über die noch folgenden Krisenmonate hinwegzukommen.

Kleine Chronik.

Opfer des Militarismus im Frieden. Aus Triest wird gemeldet: Das Munitionslager in Plana ist in die Luft geflogen, wobei zwei Personen getötet und fünf verwundet wurden.

Rassentämpfe in Florida. Stadt Rosewood in Florida wurde bei einem Kampfe zwischen Weißen und Negeren, der durch einen angeblichen Angriff auf eine weiße Frau veranlaßt worden war, zerstört. 29 Personen wurden getötet.

Eine natürliche Warmwasser-Heizanlage. Die einzige Stadt der Welt, die sich natürlicher heißer Quellen zur Heizung von Wohnungen, öffentlichen Gebäuden und Fabriken bedienen kann, ist Boise City in dem nordamerikanischen Staate Idaho. Das Wasser, das eine Temperatur von 77 Grad hat, entfließt mehreren in der Nähe des Ortes entspringenden Quellen, deren zwei hauptsächlich täglich 3, 75 Mill. Liter liefern. Das Wasser wird in ein Becken gepumpt und von dort aus den Einzelverbrauchern zugeführt. Die sich dabei entwickelnde Hitze ist so groß, daß es fast unmöglich ist, bis zu sechs Meter Tiefe zu graben, und daß die Arbeiter einander alle zehn Minuten ablösen müssen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Weltwirtschafts Krise und Arbeitslosigkeit.

Die weltwirtschaftliche Lage der verschiedenen Länder der Welt weist durchaus nicht gleiche Züge auf. Während sich in einzelnen Ländern die Wirtschaftskrise im Jahre 1922 verschärft hat, haben sich in anderen Ländern die wirtschaftlichen Verhältnisse einigermaßen gebessert, die Arbeitslosigkeit ist geringer geworden.

Günstiger gestalteten sich — wie wir einem Artikel der Zeitschrift „Die Mode“ über den „Internationalen Arbeitsmarkt“ entnehmen — die Verhältnisse in Frankreich. Ramentlich mit dem Sinken des Frankens nahm in der französischen Industrie der Beschäftigungsgrad zu. Einmal wurde dadurch die Ausfuhrmöglichkeit erhöht und weiters wirkte der Rückgang des Frankens auf eine Verringerung der Einfuhr hin. Fast das ganze Jahr über waren namentlich die Eisen- und Textilindustrie sehr gut beschäftigt. Ebenso ist die Arbeitslosigkeit in den skandinavischen Ländern, die im Jahre 1921 außerordentlich hoch war, im Laufe des vergangenen Jahres geringer geworden. Nach der Statistik der Arbeiterverbände Dänemarks betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Februar 33,1%. Ende November dagegen 10,6%. Das gleiche Bild sehen wir in Schweden und Norwegen. Wenn auch im September und Oktober in diesen Ländern eine Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen eingetreten ist, so weist doch keines der drei skandinavischen Länder zu Beginn des Jahres 1923 eine so hohe Arbeitslosenziffer auf wie ein Jahr zuvor. Bemerkenswert ist auch die Besserung der wirtschaftlichen Lage in Belgien. Der Arbeitsmarkt wurde dort erleichtert durch die Auswanderung belgischer Arbeiter nach Frankreich. Die Zahl der vorübergehend nach Frankreich auswanderten Arbeiter wird auf 400.000 geschätzt. Der Geschäftsgang der meisten Industrien in Belgien hat sich gebessert. Während in den ersten neun Monaten 1921 etwas über zehn Millionen Tonnen Rohle gefördert wurden, wurden in demselben Zeitraum 1922 16 Millionen Tonnen gefördert. Der Durchschnitt der in Betrieb befindlichen Hochöfen stieg von 14 auf 32, die Hochofenproduktion von 657.000 Tonnen auf 933.000 Tonnen. Wie durch den hohen Stand der eisenschmelzenden Krone die Glasindustrie der Tschechoslowakei gegenüber der belgischen Industrie im Nachteil war, so infolge des hohen Sterlingkurses die Eisen- und die Kohlenindustrie Englands gegenüber der Belgien. In der Schweiz ist zwar die Arbeitslosigkeit noch immer groß, aber eine günstige Gestaltung gegenüber dem Vorjahre ist doch wahrzunehmen. Die Schweiz ist mit weit über 100.000 Arbeitslosen in das Jahr 1922 hineingegangen. Ende Oktober wurden nur noch 46.000 gezählt. Auch in Italien ist im Laufe des Jahres auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Abspannung hervorgetreten. Von 607.000 im Jänner ist die Arbeitslosenzahl bis auf 315.000 im September gesunken. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit trat in den meisten Industriezweigen in Erscheinung. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Zahl der Arbeitslosen gegen das Vorjahr ebenfalls stark herabgegangen, doch dürften noch immer mindestens eine Million Personen ohne Arbeit sein. In einigen Industrien hat eine ziemlich günstige Konjunktur eingetreten. Die Überverzeugung an Rohisen ist die höchste Monatsverzeugung seit der Kriegszeit, es wurden dreißig Hochöfen neu in Betrieb gesetzt. Die Eisenbahnverwaltungen haben in den letzten Monaten in großem Umfang Eisenbahnwagen im Auftrag gegeben, so daß die Waggonfabriken über die größten Auftragsbestände verfügen, die jemals zu verzeichnen waren.

In einer Reihe anderer Länder hat sich jedoch die Lage des Arbeitsmarktes im Jahre 1922 verschlechtert. In Deutschland begann das Jahr 1922 mit einer geringen Arbeitslosenziffer. Im August jedoch zeigten sich schon die er-

sten Anzeichen der Krise. Bei den Arbeiterorganisationen war der Prozentsatz der Arbeitslosen von 0,8% im September auf 1,4% im Oktober gestiegen. Noch schlimmer ist die Lage in den Niederlanden. Sämtliche Industrien und Gewerbebetriebe melden Mangel an Aufträgen und berichten über einen außerordentlich schleppenden Geschäftsgang. Auch in Österreich hat sich die Arbeitslosigkeit vermehrt. Ebenso liegt die Industrie Polens darnieder, mit Ausnahme der Textilindustrie, die beschäftigt ist. Der Verhältnisse in der Tschechoslowakei sind bekannt.

Eine Mittelstellung nimmt England ein. Die Zahl der Beschäftigten ist dort vom Sommer 1921 bis zum Herbst 1922 zwar von 2,2 Millionen auf etwa 1,5 Millionen gefallen, aber noch immer klagen viele Industrien, insbesondere die Textilindustrie über Beschäftigungslosigkeit, ein großer Teil der Betriebe hat von Freitag abends bis Dienstag morgens geschlossen. Die Kohlen- und Eisenproduktion hat den Stand von 1920 umh hskp dgov fskp 45 abgestürzt vor dem Kriege noch nicht erreicht. Wegen dieser schlechten wirtschaftlichen Lage tritt England für die Revision des Vertrages von Versailles ein, der die Hauptursache der Krise in der ganzen Welt ist.

Die Auswanderung der Industrie. Wie wir bereits gemeldet haben, soll die Krompacher Fabrik der Rumowerte nach Ungarn übersiedeln. Nun berichtet die Presse in der Slowakei, daß die Direktion der Krompacher Werke die dortige Metallarbeiterorganisation in einer Zuschrift ersucht hat, ihr Arbeiter zur Abwanderung zu veranlassen. Die Arbeiterchaft hat eine Verammlung abgehalten, in der sie gegen die Abrüstung der Fabrik protestiert, und sämtliche Regierungsinstanzen aufgefordert hat, die Ueberführung des Werkes nach Ungarn zu verhindern.

Der Lohnvertrag der Textilindustrie für das Kreisgebiet Wernsdorf—Rumburg abgeschlossen. Wir haben bereits über die langwierigen Verhandlungen bezüglich des neuen Lohnvertrages der Textilindustrie für das Wernsdorf—Rumburger Gebiet berichtet und tragen nur noch nach, daß am 2. Jänner die Verhandlungen beendet wurden. Der Lohnabbau beträgt durchschnittlich 25 Prozent, der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit gegen einmonatliche Kündigung abgeschlossen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung nach Wirtschaftszweigen. Die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen 22 Millionen Arbeiter verteilen sich im Jahre 1922 folgendermaßen auf die einzelnen Gewerkschaftszweige: An erster Stelle stand die Metallindustrie mit 3,7 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern; ihr folgte unmittelbar das Transportwesen mit 3 Millionen Arbeitern. Auf diese beiden Wirtschaftszweige entfiel somit fast ein Drittel des gesamten Mitgliederstandes der Gewerkschaftsinternationalen. Es folgten: das Berggewerbe (2,5 Millionen), die ungelerten Arbeiter (2,1 Millionen), die Bergarbeiter (1,8 Millionen), die Textilarbeiter (1,7 Millionen), die Landarbeiter (1,5 Millionen). Je eine Million Mitglieder wiesen die Gewerkschaften der Staats- und Kommunalarbeiter und die Angestelltenvereinigungen auf. Die übrigen Kategorien zählten weniger als 1 Million Mitglieder und setzen der Mitgliederzahl nach in folgender Reihenfolge: Bekleidungsindustrie (0,9 Mill.), Nahrung- und Genussmittelgewerbe (0,8 Mill.), Druckergewerbe (0,6 Mill.), Industrie der Steine und Erden (0,3 Mill.), Vergnügungsbetriebe (0,3 Mill.), sonstige Berufe (0,2 Mill.).

Der holländische Gulden hat wieder den vollen Goldwert. Die nicht sehr wesentliche Entwertung, welche die holländische Gulden vor kurzem erlitten hat, ist wieder aufgehoben, sie hat bereits wieder die Goldparität erreicht, obwohl die Handelsbilanz des Landes weiter passiv, d. h. ein wesentlicher Einfuhrüberschuß vorhanden ist. Holland ist aber ebenso wie die Schweiz ein Finanzzentrum geworden. In der ganzen Welt kaufen kapitalisten holländische Werte, Aktien und Anleihen, ebenso wie schweizerische. Die Mark- und Kronensucht der deutschen und österreichischen Kapitalisten die ihr Vermögen ihren eigenen Volkswirtschaften zu entziehen und in sicheren Anlagen, führte ebenfalls zum großen Teil nach Holland, in dessen Währung sie Vertrauen hatten.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

München	Schw. Frank	15.00.00
Berlin	Mark	263.34
Wien	öster. Kr.	1947.00.00

Brager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1358.00	1362.00
100 Mark	636.00	645.00
100 schwed. Frank	647.75	659.25
100 Lire	173.75	175.25
100 franz. Francs	247.25	259.00
1 Pfund Sterling	158.75	160.25
1 Dollar	34.05.00	34.45.00
100 belg. Francs	218.75	220.25
100 Dinar	39.75	40.25
100 öster. Kronen	0.05.35	0.05.85
100 poln. Mark	0.17.25	0.22.25
100 magyar. Kronen	1.40.00	1.50.00

Kunst und Wissen.

Opern-Gästspiele und Neubestellungen. Neues Deutsches Theater, 4., 5. und 7. Jänner 1923. In einer Troubadour-Aufführung, die selbst den allerbesten Anforderungen nicht gerecht werden konnte, die man an eine sogenannte erste Landesbühne zu stellen berechtigt ist, wurde Herr Wachsch aus Bremen bemüht. Um es kurz zu sagen: Ein Jüngling von edler Gestalt —

und sonst nichts weiter. Weder im Gesang noch im Spiel ein Troubadour, den sich urteilsfähige Hörer ein zweites Mal wiederholungslos gefallen liehen. Der Gast war aber nicht der einzige „Stern“ der Donnerstagvorstellung. Die neue Leonore des Fräulein Wanda Schmitzing befriedigte ebensowenig. Da sie bereits „unser“ ist, fürchten wir schon jetzt für ihre späteren Rollen. Man meine aber nicht, daß die Leistungen unseres allen Ensembles sich etwa wohlthuend abhoben. Sie fügten sich leider ganz im Gegenteil in den Rahmen dieses in jeder Hinsicht unübertrefflichen Opernabends. Die einzige Ausnahme bildete noch Herr Hagen, dessen Kunst ein gewisses Niveau hatte. — Sonnds „Faust“, diese Musteroper der gefühlvollen Lieblichkeit und Mondscheinmusik, würde man mit guten Willen immer wieder gerne hören, wenn auch die verschiedenen Chöre auf und hinter der Szene operntreuerliche Eindrücke hervorzurufen imstande wären. Von dem im „Faust“ gastierenden Solisten war nur Herr Baumann von der Wiener Volksoper als Wephisto ein Treffer. In ihm gewinnt unser Theater mehr als einen bloßen Ersatz für Herrn Sterned. Denn Baumann ist nicht nur ein Gesangskünstler von außergewöhnlicher Kultur und Reife, sondern auch ein imponierender Darsteller, dem eine selten schöne, große und umfangreiche, eckfarbige Partitur zu eigen ist. Der „Faust“ des Herrn Wachsch gab nicht genügenden Aufschluß darüber, ob die spröde Stimme dieses Sängers auch der flüchtigen Koloratur italienischer Opernarien gewachsen ist. Die Sattung des stimmbeweglichen und in der Höhe mühelos ansprechenden lyrischen Tenors stellt Herr Wachsch jedenfalls nicht dar. Frä. Wäblers Margarete bedarf noch der gesangstechnischen Vollkommenheit in der Juwelen-Arie. Frä. Fuchs als neuer Siesel war vor allem gefänglich zufriedenstellend. — Die sonntägige Aufführung des „Rosenkavaliers“ von Richard Strauss, dieser köstlichen und genüßvollsten komischen Oper unserer Tage, erwies die neue Besetzung als durchaus repräsentationsfähig. Insbesondere hat Frä. Forrai als neuer Rosenkavalier gefänglich und darstellerisch zu überzeugen vermocht, was nach den letzten Vertreterinnen dieser Rolle durch die Komersängerinnen Gutheil-Schoder und Mine Sanden doppelt zu werten ist. Auch Frä. Wanda Schmitzing als Sophie hat, namentlich im letzten Akte, befriedigt. Gelingt es ihr, die Furcht vor dem Forte der höchsten Kopftöne zu überwinden, so stehen uns noch Ueberraschungen von dieser intelligenten Sängerin bevor.

4. Philharmonisches Konz. Sonntag 11 Uhr im Deutschen Theater 4. Philharmonisches Konz. Programm: Gustav Mahlers 9. Symphonie; Mozarts G-Moll-Symphonie. Musikalische Leitung: Alexander Zemlinsky.

Neues Theater. Heute Dienstag Gastspiel Richard Rubla in Massene's Oper „Mann“; morgen Mittwoch „Die blaue Mazur“; Donnerstag „Schwäger“; Freitag Gastspiel Richard Rubla „Der Barbier von Bagdad“; Sonntag abend „Frasquita“.

Kleine Bühne. Heute Dienstag und Sonntag abend „Die Präzidentin“; morgen Mittwoch und Freitag „Der Clown Gottes“; Donnerstag und Samstag „Kartoffel“; Sonntag nachmittag „Menagerie“.

Turnen und Sport.

Wettspiele der Feiertage. Spanien. Sparta-Prag gegen R. D. C. Espagnol-Barcelona (3. Spiel) 4 : 0; Sparta g. R. f. R. Mannheim 4 : 0 (Exhibitionsspiel gespielt am 7. Jänner in Barcelona) I. F. C. Nürnberg gegen F. C. Barcelona 1 : 2 (30.000 Zuschauer; scharfes, schweres Spiel) Recontre am 7. Jänner 4 : 2 für Barcelona (25.000 Zuschauer, Reitschuh-Wien als Schlichter); M. T. A. Budapest g. San Sebastian 3 : 1; Mannheim g. Valencia 2 : 3 (3. Elfmetr gegen Mannheim). Wien: Vienna g. Wacker 1 : 1; Rapid g. Pertha 5 : 3; Simmering g. Rudolfs, Hügel 4 : 4; Admira g. F. A. C. 2 : 2; Ostmark g. Criderer 3 : 1. Prag: C. A. F. C. g. Liben 4 : 2 (Samstag); Viktoria mit Brnoer komb. g. Meteor VII. mit Liben komb. 5 : 3. Fürth: Spielvereinigung Fürth g. Hamburger Sp. B. 10 : 0 (3 : 0) Freya schließt 6 Tore; Prachtleistung der Fürther.

Berausgeber: Dr. Ludwig Esch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

TOMBOLA

sehr schön sortiert, Pap er-Mützen für Bälle liefert billigst Firma

Benda & Gärtner

PRAG I., Dlouhá tr. 7. 1386

Die Volksbuchhandlung Stadt- und Dorf-Ernst Sattler, Karlsbad, gemeinde fordern

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art

Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

die Beantwortung einer Unmenge von Veranlassungen. Nach dem Buch für kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der

Buchhandlung Freylich
Freylich-Gedman
Theatergasse 18